

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53 • 2390 Flensburg Geschäftsführer: Walter Harenberg  
Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher  
(0461) 2 6708, außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2001 020

Postgirokonto: Hamburg 11407-206

WAS DAS HEFT BRINGT	Seite
<i>Artur Thomsen</i> BdN-Tagung in Sankelmark .....	3
<i>Carl Böhm</i> Deutsche Kommunisten und dänische Minderheit nach 1945 .....	18
<i>Klauspeter Reumann</i> Von der Gunst des Grenzlandes .....	27
<i>Lars N. Henningsen</i> Ein Eckernförder Großkaufmann und die »Ruhe des Nordens« .....	41
Umschau ab Seite 58	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte Südergraben 53, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.

Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

## BdN-Tagung in Sankelmark

### *Zwei wichtige Reden*

*Auf der Januartagung des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Akademie Sankelmark haben zwei Mitglieder der Volksgruppe Vorträge gehalten, die bei ihren Zuhörern besondere Beachtung fanden. Beide Redner — Horst Jacobsen, Leiter der deutschen Nachschule in Tingleff, und Dr. Günther Weitling, BdN-Vorsitzender in Sonderburg — ziehen Bilanz, üben Kritik und weisen Wege in die Zukunft der Volksgruppe. Nach dem für die Deutschen drüben enttäuschenden Ergebnis der Kommunalwahl im November 1985 ist sicher nichts wichtiger als eine solche Besinnung auf die eigenen Kräfte, auf die gemachten Fehler und auf die Möglichkeiten und Chancen einer Korrektur. Die Grenzfriedenshefte — dem deutschen Leben in Nordschleswig freundschaftlich verbunden — verzichten im folgenden auf eine ausführlichere Berichterstattung über die ganze Tagung; wir beschränken uns vielmehr auf die Wiedergabe der wichtigsten Passagen beider Reden und hoffen, auf diese Weise einen kleinen Beitrag zur Fortsetzung der Diskussion zu leisten, die in den Kreisen der deutschen Nordschleswiger und auch südlich der Grenze geführt wird oder doch geführt werden sollte. Vor allem unsere Leser in Schleswig-Holstein sollten sich aufgefordert fühlen, mitzudenken und mitzureden und den Deutschen drüben das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu vermitteln; das wäre vielleicht wichtiger und wirkungsvoller als jede noch so gründliche Analyse.*

*Horst Jacobsen führte u.a. folgendes aus:*

**Wie können Jugendliche für die Volksgruppenarbeit motiviert werden?**

Wir sagen so leicht: Die Jugend ist ein Produkt des Wohlfahrtsstaates. Also haben wir die Jugend, die wir verdienen. Ein Zeichen dieses Wohlfahrtsstaates sind Institutionen für jeden Lebensabschnitt. Und die Jugend, von der ich spreche, ist die erste, die die überwiegende Zeit des wachen Zustandes in verschiedenen Institutionen zugebracht hat. (Tagespflege, Kindergärten, Freizeitheim, Freizeitclub, Jugendclub). Sie sind über Jahre vollgestopft worden mit wohlüberlegten, pädagogisch fundierten Programmen, und je älter ein Kind wird, desto mehr degradiert das Angebot zu einer reinen Beschäftigungstherapie. Das Kind hat niemals fragen müssen: Was soll ich jetzt machen? — um selbst die Antwort zu finden. Es hat immer ein Programm serviert bekommen.

Und wenn das Kind dann schließlich den Eltern überlassen wurde, haben viele sich verpflichtet gefühlt, das hochgeschraubte Aktivitätsniveau fortzusetzen — oder sie haben das Reserve-Kindermädchen eingeschaltet — das Fernsehen.

Es ist offenbar der Gesellschaft gelungen, die angeborene Lust des Kindes, Neues auszuprobieren, völlig zu nehmen. Neugierde und Phantasie sind futsch. — Der Mut, die Welt zu erforschen, ist weg, und dieses »Null-Bock« verdeckt in Wirklichkeit womöglich etwas ganz anderes, nämlich: »Ich glaube, ich schaff es nicht«. Lösungen selbst zu finden, wird zum Alptraum — schafft Ängste, und die Freiheit zu tun, was man will, wird in Wirklichkeit zu einem großen, leeren Raum, von dem der Jugendliche innerlich wünscht, daß andere ihn ausfüllen.

Das entwicklungspsychologische Kennzeichen des Jugendalters ist das Erwachsenwerden, ist das Sich-lösen-wollen von den Eltern, von den Geschwistern, von den Institutionen, vom Lehrer, vom Trainer, um langsam damit zu beginnen, das eigene Leben zu leben. Man will die alten Bindungen nicht mehr, sondern selbstgewählte neue. Rocker, Punker, Green-peace, Amnesty International, aber doch nicht Volk

1. Der Jugendliche will — und muß sich lösen, freimachen, und da

kommen wir und verlangen Bindungen zur Volksgruppe.

2. Die gesellschaftliche wie soziale Entwicklung der Institutionalisierung fördert die Bindungslosigkeit, und da kommen wir und verlangen Bindung zur Volksgruppe.

3. Die Entwicklung der Medien, der Dosenkultur tötet die eigene Kreativität — macht passiv, und da kommen wir und erwarten aktives Mitmachen in der Volksgruppe.

Ich frage mich: Können wir gegen diese Entwicklung überhaupt gegen an?

Meine Antwort: Ja, natürlich können wir den Jugendlichen motivieren. Ich könnte in meiner Heimat gar nicht leben, wenn ich nicht den optimistischen Glauben an uns selbst und nicht zuletzt auch den Glauben an die Jugend hätte.

Ich habe vorhin gesagt: Jede Gesellschaft hat die Jugend, die sie verdient. Die Volksgruppe auch! Es liegt daher ganz und gar an uns, ob wir diese Jugend so behandeln, daß sie sich zu uns gehörig fühlt. Wollen wir es, dann schaffen wir es. Volksgruppe ist: Kindergärten, Schule, Kirche, Handball-, Ruder-, Schützen-, Ringreiterverein, Bücherei, Zeitung, BdN, Club — soll ich dafür den Jugendlichen interessieren, gewinnen?

Alle Jugendlichen für alles? Hoffnungslos. Überlegen wir doch einmal, wie schwer wir Berufsdeutsche uns tun, um so total Volksgruppe zu sein.

Wenn wir also den Jugendlichen für die Volksgruppe interessieren wollen, kann es nur darum gehen, ihn ganz spezifisch für einen Teil zu motivieren. Dazu ist es aber unabdingbar, daß der Jugendliche viele Teile kennt.

Wo spielt sich für den Jugendlichen Volksgruppe ab?

Zu Hause? Da geht es um Geld, Anschaffungen, Krankheiten, Berufsaussichten, Zimmerordnung, Rauchen, Krieg und Umwelt — selten um Volksgruppe.

Auf der Straße? Da geht es um Berufschancen, Mode, Sex.

Im Radio? Da geht es um Arbeitslosigkeit und Jennifer Rush.

Im Fernsehen? Da geht es um Dallas oder um die PLO.

Volksgruppe erlebt also der Jugendliche im Verein und vor allem in der Institution. Der Jugendliche müßte deshalb möglichst alle wichtigen Einrichtungen und außerdem sollte er die Menschen kennenlernen. Deshalb sollten wir dafür sorgen, daß,

1. die Volksgruppe den Jugendlichen sichtbar gemacht wird, durch Informationsbesuche bei einer Vielzahl von deutschen Einrichtungen,
2. jeder Jugendliche in seiner Schulzeit ein Berufspraktikum in einer deutschen Einrichtung absolviert (nennen wir es Volksgruppenpraktikum),
3. jeder deutsche Jugendliche im Rahmen eines Austausch- und Patenschaftsprogramms innerhalb Nordschleswigs mit anderen deutschen Nordschleswigern zusammentrifft.

Die Nachschule schafft einen Schultausch mit einer Nachschule auf Seeland. Wie wäre es, wenn mal eine Klasse aus Sonderburg mit einer Klasse aus Tondern — wenn die Schule Hoyer einmal mit Lunden tauscht, und die Kinder bei den Gasteltern wohnen? Das schafft Begegnungen!

4. jeder Schüler einer deutschen Schule im 10. Schuljahr die deutsche Nachschub für einige Wochen besucht,
5. jeder Jugendliche an Erhaltung, Pflege, Verschönerung und Ausbau der deutschen Einrichtungen aktiv beteiligt wird.
6. Jede Form der Berufsberatung, der Berufsbildung und der Stellenangebote sollte ganz überwiegend von der Volksgruppe selbst organisiert werden.
7. jeder Jugendliche für eine gewisse Zeit einen älteren Mitbürger betreut,
8. jeder Jugendliche im 10. Schuljahr am Deutschen Tag teilnimmt,
9. jeder Vereinsvorstand nach Möglichkeit einen Jugendbeirat hat — mit spezifischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten,
10. jeder Jugendliche beim Verlassen der Schule einen »Volksgruppenpaß« ausgehändigt bekommt, der ihm freien Eintritt (oder

zum halben Preis) bei jeder deutschen Veranstaltung gewährt, bis er 21 ist.

Deutschsein in Nordschleswig bedeutet, bestimmte Bezugspunkte zu haben. Das sind in erster Linie die deutschen Einrichtungen: die Schulen, Kindergärten, Theaterhäuser, Büchereien, Boots- und Clubhäuser, Verlagsgebäude der Zeitungen, Pastorate, Sportstätten und Schützenhäuser, Clubräume.

Sie sind das Sichtbare, das wir haben. Sie sind etwas Eigenes, sie sind Ausgangspunkt und Sammelpunkt für Aktivitäten. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß eine größere Identifizierung mit diesen Einrichtungen erfolgt.

An unseren theoretischen Erörterungen und Diskussionen kann und mag nur ein kleiner Teil der jungen Menschen sich beteiligen. Es ist für viele einfach zu schwierig und zu kompliziert, und oft fehlen die Voraussetzungen. Viele wollen auch lieber etwas tun als etwas sagen. Aber auch derjenige, der am Spielplatz des Kindergartens die Spielgeräte neu angestrichen hat, kann ein Stückchen Identität bekommen, ein Stückchen Selbstwertgefühl.

In der Halbtagsschule, wie wir sie heute traditionsgemäß aufgebaut haben, kommt es darauf an, die individuelle Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit des Schülers zu fördern. Diese Schule muß ich-bezogen sein, man trägt nur für sich selbst die Verantwortung. Es gibt nicht viele Situationen, in denen man Sozialverhalten in der Form ausüben kann, daß man Verantwortung für andere — für den Nächsten — ausübt. Dieses Dilemma trifft uns in der Volksgruppe mehr, als es die Mehrheitsbevölkerung trifft. Denn nur wenn ich lerne, Verantwortung für andere zu übernehmen, werde ich zu positiven mitmenschlichen Verhaltensweisen geführt — und dann kann es zu Gemeinsinn kommen — sagen wir Volksgruppenverantwortungsbewußtsein. Die Erfahrung lehrt uns, daß ein Hausbesitzer ein anderes Verhältnis zu seinem Haus hat als der Mieter. Wir müssen den jungen Menschen wissen lassen, daß er Teilhaber an den Einrichtungen ist, daß sie auch »sein« Eigentum sind. Indem er aber

an der Erhaltung, Erweiterung und Verschönerung beteiligt wird, wird ihm sein Teil auch sichtbar. Ich glaube, daß dieser materielle Besitz auch geistig verpflichtet und zu einer solidarischen Grundhaltung führt und dadurch mehr oder weniger »automatisch« für die weitere Arbeit motiviert.

Jeder Jugendliche muß das Gefühl bekommen, daß er für uns, für die Gruppe etwas tun kann, daß er gebraucht wird, ja, daß er unentbehrlich ist. Es gibt an den Gebäuden, an den Anlagen, am Inventar, an den Spielplätzen und Sammlungen immer etwas zu tun. Es muß nur gut organisiert werden, und man muß den Jugendlichen holen, bitten, auffordern, dann aber haben derartige gemeinschaftsbindende Tätigkeiten einen sehr hohen Wert. Wir haben mit diesem »Instrumentarium« die Möglichkeit, den Jugendlichen über die Schulzeit an die Institution zu binden, und wir haben die Möglichkeit zu zeigen, daß wir ihn benötigen. Wir müssen ihn spüren lassen, daß wir auf seine Mitverantwortung nicht verzichten können. Wir müssen ihn spüren lassen, daß wir ihn brauchen.

Ich glaube, feststellen zu können, daß man Mitarbeit und geistige Solidarität auch über »materielle« Mitverantwortung erlangen kann. Wir müssen versuchen, die Jugendlichen am gesamten »Leben« verantwortlich zu beteiligen: Kochen, Reinmachen, Verschönerung, Erhaltung, aktive Mitarbeit an der Erstellung von Jahresschriften, am Aufbau von Ausstellungen, an der Anlegung von Sammlungen, Gästebewirtung, Gartenbau, Orchesterarbeit, Elternbetreuung. Eine Einrichtung ist nie mehr als das, was alle zusammen aus ihr machen. Wir können verdeutlichen, daß der Jugendliche ein Bestandteil der Einrichtung ist.

Wir müssen für den Jugendlichen Situationen schaffen, die zu solidarischem Verhalten gegenüber der Volksgruppe führen, zu Gemeinsinn und Gruppengefühl. Das bisher Gesagte mag ein düsteres Bild zeichnen. Dazu ist zu sagen, daß es mir nicht darum geht, zu dem Jugendlichen etwas zu sagen, der ohnehin aktiv mitarbeitet — im Sportverein, im Schützenverein, im Club — oder wo auch

immer. Diesen Jugendlichen gibt es natürlich in großer Zahl. Es geht mir um den, der gewissermaßen außenvorsteht, der sich abge sondert hat, der kein Angebot gefunden hat, und es geht darum, Wege aufzuzeigen, wie wir es erreichen können, daß der Jugendliche nach der Institutionszeit sich auch weiterhin zu uns gehörig fühlt, sich an unsere Lebensgemeinschaft gebunden fühlt.

Zum Abschluß möchte ich auch etwas Ketzerisches sagen. Manchmal scheint es mir, als verkennen wir völlig die emotionelle Seite des Menschen — auch die der Jugendlichen — und das ist meine persönliche Kritik an uns, an den Lehren!

Ich erwarte im Umgang mit unseren jugendlichen Partnern: Ein bißchen mehr Vertrauen, ein bißchen mehr Auszeichnung, ein bißchen mehr Händedruck, ein bißchen mehr für das Gemüt, und viel, viel mehr Herz!

\*

*Günther Weiting sagte zu dem folgenden Thema u.a.:*

## Inhalte und Fundamente unserer Volksgruppenarbeit

Bei den Kulturkritikern und in den sogenannten Zukunftsstudien wächst in diesen Jahren das Verständnis dafür, daß die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft etwas schlechthin Grundlegendes darstellt. Manche Probleme entstehen daraus, daß die meisten Menschen eben nicht im eigentliche Sinne in ihre natürliche Gemeinschaft integriert sind.

Die Entstehung eines neuen Persönlichkeitstyps ist für unsere Volksgruppe eine folgenschwere Tatsache, weil sie das grundlegende Fundament — die Gemeinschaft — in Frage stellt. Der heutige Mensch ist weitgehend das Zentrum in seinem eigenen Universum. Er lebt im Jetzt und ganz seiner selbst. In den vergangenen Jahren galt sein Interesse weder der Geschichte noch der Zukunft.

In dieser Perspektivlosigkeit ist er jedoch manipulierbar und unbeständig geworden. Besonders das fehlende Gespür für Geschichte — von Christopher Lasch in seiner scharfsinnigen Analyse der typischen Merkmale des heutigen Menschen mit dem deutschen Titel »Das Zeitalter des Narzismus« »der Fluch unserer Gesellschaft« genannt — mußte notwendigerweise eine Volks- und Kulturgemeinschaft, wie die unsere es ist, an der empfindlichsten Stelle treffen. Hinzu kommt dann noch eine Verkürzung und Reduzierung der geschichtlichen Perspektive auf das Jahrzehnt von der Mitte der 30er Jahre bis Mitte der 40er Jahre.

Gemeinschaft ohne tiefere geschichtliche Perspektive und damit auch ohne Zukunft als Fundament des gesamten Planens und Handelns, das aber ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Folgen solcher Perspektivlosigkeit, und es gibt deren viele, sind verheerend. Aus der Fülle seien wenige Beispiele genannt:

— Freiheit wird ausschließlich als Freiheit von den Pflichten der Gemeinschaft gegenüber verstanden. Auch die Bedürfnisse der nächsten Generation interessieren nicht. Zur Freiheit — zu einem echten geschichtlichen Handeln in und an unserer deutschen Kulturgemeinschaft in Nordschleswig — kommt es nicht. Dieser Trend ist im Gespräch von Mensch zu Mensch zuweilen deutlich spürbar.

— Als weiteres Beispiel sei genannt, daß das sogenannte Aladin-Syndrom sich voll durchsetzt. Aladin-Syndrom, d. h., daß erwartet wird, daß alles von selbst geschieht. Aladin braucht bekanntlich nur an seiner Lampe zu reiben, um ohne weiteren Einsatz die Erfüllung seiner Wünsche zu erreichen.

Das Aladin-Syndrom lastet mit seiner lähmenden Hand schwer auf der ganzen Volksgruppe. Vermögen wir dies nicht abzubauen, droht die baldige Institutonalisierung oder, wie Matlok es nennt, die Degradierung der deutschen Volksgruppe zur »Funktionärs-Minderheit«. Letztendlich wird die Pflanze »Volksgruppe« verkümmern. Passivisierung, Hoffnungslosigkeit und Resignation werden sich breitmachen, bis dann auch noch die Wirklichkeit selbst zerfällt.

Geschichte wiederholt sich zwar nicht, dennoch können wir aus ihr lernen. Die Passivität der Heimdeutschen um 1920, vornehmlich durch die langjährige Dominanz des preußischen Beamtentums in allen Bereichen erzeugt, war nur in andauernder zäher Arbeit zu überwinden. Es ist das Verdienst Johannes Schmidt-Wodders, die Anregungen dazu gegeben zu haben. Sie haben schließlich aus der Talsohle der

Hoffnungslosigkeit herausgeführt zu einem neuen Tun, das hauptsächlich auf die eigene Kraft und eine lebendige Kommunikation mit dem Muttervolk und dem dänischen Nachbarn zugleich aufbaute. Gemeinschaft, Volksgruppendenken, Heimatbewußtsein, also all das, was die Fundamente und Inhalte unserer Arbeit zugleich ausmachen, entstehen nicht von selbst.

Ein wesentliches Fundament der Volksgruppenarbeit — es ist in der Tat kaum zu überschätzen — sind vertrauenswürdige Männer und Frauen. Solche, die in einem uneigennützigem Einsatz der Gemeinschaft dienen. Eben solche, die nicht — um wiederum eine Formulierung von Siegfried Matlok aufzugreifen — danach fragen, was die Volksgruppe für sie tun könne, sondern die die Frage umkehren, sich selber fragen: Was kann ich für die Volksgruppe tun? Fundament sind diejenigen, die wegen ihres Tuns Vertrauen genießen. Der einzelne Mensch, auch der Völkgruppenangehörige, kann unmöglich Einsicht in sämtliche Probleme der Volksgruppe, geschweige denn der komplizierten modernen Gesellschaft haben. Es bleibt ihm überhaupt nichts anderes übrig, als die Möglichkeit der repräsentativen Demokratie zu nutzen, nachzuprüfen, ob die Ziele und Fundamente der Kandidaten mit ihrer Praxis übereinstimmen. Die vielzitierte Basis wünscht sich, so meine ich sie jedenfalls verstanden zu haben, Männer und Frauen, die mit der Volksgruppe solidarisch sind, die ihnen bekannt sind, und die sich bewährt haben. Sie wünscht nicht ad hoc »aufgebaute« Leute ohne echte Verwurzelung und ohne fundiertes Wissen vom Weg und Wesen des Heimdeutschen und seiner Kultur.

Den angedeuteten Herausforderungen haben wir uns zu stellen. Als geschichtlich gewachsene Kulturgemeinschaft müssen wir einfach dagegenhalten. Intensiver als anderswo ist bei uns die Frage nach Sinn und Identität zu stellen. Um diesen Auftrag zu verwirklichen, sind sämtliche inhaltlichen, methodischen und personellen Reserven zu mobilisieren. Haben wir den Wunsch und Willen, als Kulturgemeinschaft weiterzuleben, und ich kann mir nicht vorstellen, daß dies nicht von allen gewollt wird, dann ist so hartnäckig zu arbeiten, daß auch in Zukunft an unserer natürlichen Existenz in Nordschleswig nicht gezweifelt werden kann.

Es geht um ein sich steigendes Heimatbewußtsein, das doch kaum zu übersehen ist, und nicht nur um ein nostalgisch-sentimentales Sehnen nach einer vermeintlich glücklichen »guten alten Zeit«. Dies wäre dann schon der Zerfall der Wirklichkeit, die Flucht in eine verträumte, irreale Welt.

Worum es geht, ist vielmehr, in seinem konkreten Umfeld nach persönlicher Herkunft und Identität zu fragen. Es geht um Geschichte und nicht um Historie. Die deutsche Sprache hat in diesem Punkt etwa der dänischen gegenüber den Vorteil, die Vergangenheit mit zwei Begriffen bezeichnen zu können. Es sind: Historie und Geschichte. Historie bezeichnet das tote vorzeitige Geschehen, während das Wort »Geschichte« diejenigen Ereignisse und Entwicklungen angibt, die bis in die Gegenwart und bis tief in unser eigenes Leben und das Leben unserer Volksgruppe nachwirken und lebendig zu machen sind.

Es geht eben nicht darum — wie Matlok sich ausdrückte — ein »schwarz-rot-goldig angestrichenes Heimat-Museum« zu etablieren, gleichsam die gesamte verbliebene Volksgruppe zu einem solchen umzufunktionieren, sondern um Geschichte als lebendige Vergangenheit, die Heimatbewußtsein, Volksgruppendenken und Gemeinschaft lebendig erhält und weiter entwickelt, zu verdeutlichen. Es geht um die schlechthin existentielle Frage, wie die Entcharakterisierung der deutschen Volksgruppe und des deutschen

Nordschleswigers zu verhindern ist. ..

Diese resignative Meinung teile ich nicht. In den vergangenen Wochen haben wir uns gelegentlich die Köpfe heiß geredet über die aus der Wahlschlappe im November zu ziehenden Konsequenzen. Daß es noch Leute gibt, die überhaupt bereit sind, in unseren Reihen an einer engagierten Auseinandersetzung teilzunehmen, ist doch schon etwas. Die Bereitschaft, den grundlegenden Problemen auf den Zahn zu fühlen, berechtigt immerhin zu der Hoffnung, daß die verschiedenen Ausgangspositionen und Ansätze sich zu einer konstruktiven Gesamtschau zusammenfassen lassen, die sowohl nach innen als nach außen auch positive Resultate zeitigen werden. Es ist der gleiche Ansatz, welchen der BdN-Hauptvorsitzende Gerhard Schmidt in dem Satz ausgedrückt hat: »Wenn wir unsere Grundlage nicht in unserer Kultur sehen, geben wir uns selber auf.« Auch Johannes Schmidt-Wodder ist an dieser Stelle zu erwähnen. In seinen »Stimmen aus Nordschleswig« hat er die »Inhalte der Volkstumsarbeit« zusammengefaßt (1910). Es ging ihm um »die Wahrung nordschleswigscher Eigenart, vornehme Gerechtigkeit gegen die dänischgesinnten Nordschleswiger, Bekämpfung allen nationalen Fanatismus auf beiden Seiten, bewußte Arbeit an unserem Volkstum« usw.... Ruhig und sachlich seien die Möglichkeiten der beiden Kulturen und Sprachen unter Berücksichtigung der geschichtlichen Wandlung zu nutzen.

Gestatten Sie mir, einige wenige Beispiele dieses »kulturellen« Ansatzes zu geben. Um Heimat-, Geschichts- und Volksgruppenbewußtsein sowie Gemeinschaft ganz allgemein zu fördern, oder mit anderen Worten, um Inhalt und Fundamente unserer Arbeit bewußt-zumachen, wurde vor ein paar Jahren bei uns in Sonderburg der Versuch gemacht, an einigen Abenden das territoriale Geschehen und besonders das deutsche Leben thematisch und chronologisch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Revue passieren zu lassen. Selbst an den für solche Veranstaltungen ungünstigen Freitagabenden im Januar und Februar fand sich ein ständig größerer Kreis ein,

nicht nur, um sich in einer Einwegkommunikation unterhalten zu lassen, sondern um sich am gemeinschaftsbildenden Gespräch aktiv zu beteiligen.

Bei der Besprechung von Themen des 20. Jahrhunderts im vergangenen Jahr hat dieser Trend sich fortgesetzt, und in den kommenden Wochen werden wir diese beliebten Veranstaltungen zum drittenmal anbieten, wobei wir auch neue Referenten aus den eigenen Reihen gewinnen konnten. Dies dürfte für das Zustandekommen eines lebendigen Gesprächs von Bedeutung sein.

Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, seien einige Resultate eines handlungsorientierten heimatkundlichen Programms angedeutet:

- Es wird nach Deutung und Sinn gefragt, welche Motivation und Aktivität zur Folge hat.
- Teilerfahrungen fügen sich im Gespräch zu einem sinngebenden Ganzen zusammen.
- Die Gemeinschaft wird gefördert und gefestigt.
- Durch die Presse gehen Impulse nach außen hinaus.
- Generelle kultur-politische Gesichtspunkte werden konkretisiert und perspektiviert.
- U. a. im Wahlkampf ist dies deutlich geworden.
- Positive Ansätze in der Traditionspflege machen sich bemerkbar. Das deutsche Volkslied erlebt eine Renaissance, im vergangenen Monat steigerte der Verkauf des Volkskalenders sich usw.

Die vielen Möglichkeiten in der Erwachsenenbildung, neue Wege zu gehen, haben wir bei weitem nicht voll ausgeschöpft.

An einem ganz konkreten Punkt ist mir dies besonders deutlich geworden. Nach so manchem gehaltenen Vortrag bin ich gefragt worden, welche handliche, zusammenfassende Darstellung über das Heimdeutschtum man zur Hand nehmen könne, um sich etwas gründlicher zu orientieren. Ob auch ein Grundmaterial vorliegen würde, das für Studienkreise verwendbar wäre. Seit dem seit

Jahren vergriffenen Heft von Harboe Kardel aus dem Jahre 1964 vom Weg und Wesen des Heimdeutschtums — es trug den Titel: »Nordschleswigs Erbe« — ist ähnliches nicht wieder vorgelegt worden.

D. h. doch, daß man es über zwei Jahrzehnte versäumt hat, in dieser lebenswichtigen Angelegenheit auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung Initiativen zu ergreifen. Das ist umso unverständlicher, als einige dieser Jahre gewissermaßen von einem heimat- und lokalgeschichtlichen Boom geprägt gewesen sind.

Diese Aufgabe wäre konkret: Ein handliches Material in zeitgemäßer Form nach modernen Gesichtspunkten der Erwachsenenpädagogik zu erarbeiten. In einer umfassenden Aktion, einer Generaloffensive könnte dann in ganz Nordschleswig eine Beschäftigung mit unseren kulturellen Grundlagen angeregt werden. Die Impulse, die davon ausgehen würden, daß etwa 500 unserer Leute — Basis und Funktionäre

— einen Winter lang an solchen Gesprächen teilnehmen würden, würden sich sowohl in den einzelnen Ortsvereinen als auch in unserer Gemeinschaft als Ganzes positiv auswirken.

Daß Themen dieser Art auch in einer mehr gemütlich unterhalten- den Form gut ankommen, haben wir in Sonderburg nicht ganz ohne Erstaunen erneut wahrgenommen. Großveranstaltungen und Zusammenkünfte, die irgendwie als politische Veranstaltungen aufgefaßt wurden, fanden kein Interesse. Ganz anders erging es den geselligen Abenden mit lokalen Kräften. Ein Gedicht oder eine Geschichte aus unserer Heimat, der nordschleswigsche Humor, ein lokaler Künstler, der eigene Bilder deutete, wenige Worte über die landschaftlichen Reize unserer Heimat, Gelegenheit, sich zu äußern, ein gemütlicher Abend, offenes Singen deutscher Volkslieder, das kommt an, weil es eben den ganzen Menschen in seiner konkreten Situation anspricht.

Zur theoretischen Begründung mögen einige Sätze aus dem wertvollen Sammelband »Heimatbewußtsein«, der Erfahrungen und

Gedanken einer Theoriebildung bringt, dienen.

»Die Erfahrung — unser Wissen um Vergangenes — hat die Richtung unseres Handelns bestimmt. Jenes Wissen um unser kulturelles Erbe ist damit ein Schlüssel zu unserem Verhalten. Wer Zugang zu ihm hat, hat Einfluß auf unser Handeln. Durch das Verlöschen einer Kultur, das Absterben des Wissens um früheres Geschehen, um »Geschichte«, wird der Mensch leitbar, er verliert seine Individualität. (S. 49 Wolfram Zitscher in »Heimat — inhaltsanalytische Reflexionen«),

Daß dem Deutschen Schul- und Sprachverein, daß der Schule die wesentlichste kulturtragende Funktion zukommt, liegt auf der Hand. Es ist ihre Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen Wurzeln zu vermitteln und sie teilhaben zu lassen an den gemeinsamen Erfahrungen der deutsch-nordschleswigschen Kulturgemeinschaft einschließlich und nicht zuletzt der heimdeutschen kulturellen Tradition.

Ein weiterer Weg, sich der Fundamente und Inhalte unserer Volksgruppenarbeit bewußt zu werden, ist die Schaffung eines Deutschen Heimatmuseums für Nordschleswig. Aus verschiedenen Gründen haben wir bisher das Wort Museum zu umgehen versucht. Nachdem diese Angelegenheit verschiedentlich erörtert wurde und auf großes Interesse zu stoßen scheint, haben wir uns der Popularität, welche das Wort Museum in breiten Kreisen genießt, gemeint anpassen zu müssen. Daß wir aus eigener Kraft unser Haus heimdeutscher Geschichte errichten und aufrechterhalten können, um so auch in konkreter Form Fundament und Inhalte unserer Arbeit und unseres Lebens vor Augen haben zu können, das ist das Ziel, wovon ich zunächst nur zu träumen wage.

Daß wir auch in dieser Initiative kein vergammeltes Relikt aus der historischen Mottenkiste zu ziehen wünschen, bestätigt der Aufwand an Zeit, Geld und Schweiß, den man anderswo auf ähnliche Initiativen verwendet.

Aus einer Fülle von Beispielen sei nur genannt, daß man im Oktober

des vergangenen Jahres einen südschleswigschen Museumsverein gründete. Die Zielsetzung ist, die Geschichte der dänischen Minderheit der vergangenen 150 Jahre sich selbst und seinen Gästen darzustellen, sowie eine Sammlung von Werken südschleswigscher Künstler zu schaffen.

Den Tod der Volksgruppe wollen wir nicht, weder auf Raten noch in irgend einer anderen Form. Sollen die Traditionen unserer Heimat jedoch, dem modernen Leben angepaßt, weitergeführt werden, so sind der ganzen Volksgruppe — nicht nur der Jugend — mit all ihren Institutionen und Vereinen große Aufgaben gestellt. Ein reiches Erbe ist uns überliefert. Soll es weiterleben? Soll es für die Zukunft fruchtbar gemacht werden? Soll auch die heutige Generation, welche die »No-fun — no- future-Generation« genannt worden ist, echtes Volksgruppendenken, Heimatbewußtsein und Gemeinschaft erleben können?

# Deutsche Kommunisten und dänische Minderheit nach 1945

## — Aspekte marxistischer Minderheitenpolitik —

Die marxistische Minderheitenpolitik gehört zu den vernachlässigten Sektoren der wissenschaftlichen Untersuchung. Bislang stehen nur die sogenannten bürgerlichen Parteien der Mehrheitsbevölkerung und ihr Verhältnis zum SSW im Betrachtungsinteresse. Dies hat unterschiedliche Gründe: die Marginalität der marxistisch-leninistischen Ideologie im Alltag der nationalen Minderheiten, die äußerst diffizile Quellenlage, der geringe Mitgliederbestand kommunistischer Parteien als Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Randlage in der Bundesrepublik und nicht zuletzt die Uneinigkeit marxistischer Ideologen in bezug auf die Rolle völkischer Minderheiten.<sup>1</sup> Dennoch gibt es Ansätze der Beschäftigung einer politischen Minderheit mit einer nationalen Minderheit. Sie für die beiden politisch bedeutungsvollsten kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg nachzuvollziehen, war Aufgabe des folgenden Aufsatzes, der in gestraffter und leicht überarbeiteter Form meiner Dissertation entnommen worden ist.<sup>2</sup>

### 1. *Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)*

Im ehemaligen KBW-Bezirk Flensburg-Westküste, der mit dem Landesteil Schleswig deckungsgleich war, beschäftigten sich zwischen etwa Oktober 1978 bis September 1980 in sogenannter Basisarbeit etliche Dutzend Mitglieder der maoistischen Organisation mit Fragen der dänischen und friesischen Minderheit.<sup>3</sup> Seit 1980 bis heute setzt der »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) als eine Nachfolgeorganisation die Auseinandersetzung fort, vorwiegend in publizistischer Weise, so daß die Untersuchungsthematik nicht nur historische Dimensionen besitzt.

Die Berichterstattung des KBW, der militantesten K-Gruppe der siebziger Jahre, in seinen zahlreichen Medien in bezug auf die dänische Minderheit ging in der Regel von konkreten Anlässen aus. Aus eben diesem Grund spielt die friesische Bewegung kaum eine Rolle, da germanophone und national gesinnte Friesen im allgemeinen kaum bereit waren, sich am Sturz des Kapitalismus zu beteiligen. Ein Artikel zur Regierungstätigkeit der SPD in Schleswig-Holstein zwischen 1947 bis 1950 zitiert kritisch die Minderheiten-Erklärung der SPD vom 26. September 1949, in der es heißt, man habe die Rückverwandlung der dänischen Bewegung in eine echte Minderheit eingeleitet. In der Zerschlagung Schlesiens als Teil Preußens und einer anschließenden Angliederung an Dänemark sah der KBW den damals möglichen Ausweg. Da dies nicht geschah, war die ausgegebene Lösung:

»Alle Mann auf die Deiche der Demokratie'... bei der Restauration des Kapitalismus«. <sup>4</sup> Eine besondere Polemik entfaltete der regionale KBW-Verband gegen die CDU-Landesregierung, der er vorwarf, die Identität der dänischen Minderheit brechen zu wollen. Als Kennzeichen für dieses Vorgehen wurden genannt: 1. Rückgang der

Schulen der Minderheit und der Schülerzahlen von 1955 bis 1978 von 89 auf 57 Schulen bei 7 722 gegenüber 4 340 Schülern, 2. Zulassen der Abweichung von den Lehrplänen deutscher Schulen nur insofern, als es notwendig ist, um Kenntnisse der dänischen Sprache und Kultur angemessen zu vermitteln, 3. »Kanalisierung« und »Zentralisierung« der staatlichen Zuschüsse, 4. ständige Kontrollmöglichkeiten der Minderheitenschulen durch deutsche Schulaufsichtsbehörden, die darin gipfeln, daß der Kultusminister die Schulunterrichtsgenehmigung sowie die Unterrichts- und Leistungserlaubnis jederzeit widerrufen kann. <sup>5</sup> Diese Einschätzung verkürzt und entstellt die tatsächliche Situation erheblich. Der Geburtenrückgang, Abwanderung und Regelungen der Grundgesetzes über die Gleichheit der Ausbildungschancen sind die Indikatoren der Wirkungen der genannten Punkte, wobei der dritte zwischenzeitlich ausgeräumt worden ist, da diese Kritik tatsächlich berechtigt war. In einem längeren Grundsatzartikel anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Schmidt bei der Minderheit im Dezember 1978 zog der KBW eine gerade Linie von diesem Besuch hin zu den sogenannten Weltherrschaftsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus:

»Für die SPD sind die 50 000 Angehörigen der dänischen Minderheit nicht einfach zu übergehen, wenn es um die Ministersessel der Sozialdemokraten geht. Plötzlich entdecken sie freundschaftliche Gefühle für die dänische Minderheit, die sie angeblich schon lange hegten ... worum es noch im besonderen geht: um Europa, genauer gesagt um die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus in dem europäischen Modell. . . Was winkt, sind die Bodenschätze in Norwegen, Schweden und Finnland und insgesamt die militärische Basis, die sich die westdeutsche Bourgeoisie gegenüber und mit der westlichen Supermacht (gemeint sind die USA -d. V.) schaffen will.« <sup>6</sup>

Auf den SSW war der KBW ebenfalls nicht gut zu sprechen. In einem Artikel schrieb die örtliche Redaktion:

»Verschärft sich der Klassenkampf (im Jahre 1978 -d.V.), dann erheben auch die Minderheiten ihre Forderungen wieder dringlicher und der Kampf der Volksmassen um demokratische Freiheiten. Diese Erfahrung steckt der westdeutschen Bourgeoisie aus der Zeit von 1945-1950 in den Knochen ... Mit dem (SSW-) Programm vom 27. 4. 1968 werden die Forderungen nach Minderheitenschutzrechten offiziell fallengelassen und auch die letzten Reste von radikal-demokratischen Forderungen ... ,Im Bewußtsein staatsbürgerlicher Verantwortung' (zitiert wird der

SSW in seinem neuen Programm d.V.) (ist der SSW bereit) die Herrschaft der Bourgeoisie zu verteidigen und den Zusammenschluß eines imperialistischen Europas zu fördern.»<sup>7</sup> Zitierenswert ist auch die Programmanalyse, die der KBW dem SSW-Programm angedeihen und ihm zur Schlußfolgerung gelangen läßt, der der SSW weder »fortschrittlich« sei, noch die Interessen der Minderheiten vertrete, wie sie der KBW definiert.<sup>8</sup> Nach einer Einführung zum Landtagswahlprogramm von 1979 heißt es zum Programmpunkt »nordische Demokratie«:

»Die Forderung der Minderheit nach Freiheit ist darauf heruntergebracht, daß gefordert wird, daß die Dänen in Westdeutschland für immer der gleichen Herrschaftsform der Bourgeoisie unterworfen werden wie die in Dänemark.«

Da der SSW offenbar also nicht die bewaffnete Revolution unterstützen will, untersucht der Artikel die SSW-Programmpunkte »Individualität, individuelle Vielfalt und freie Entfaltung der Menschlichkeit«:

»Gemeint ist die individuelle Vielfalt und Menschlichkeit des von der Arbeit befreiten und von den aus den Arbeitern herausgepreßten Profiten prassenden Bourgeois. Gegen ‚Totalitarismus‘ meint gegen die Diktatur der Proletariats, aber für gegenseitige Achtung, insbesondere der Bourgeoisie durch das Proletariat.«.<sup>10</sup> Im weiteren wird geschlußfolgert, daß die »besondere Variante der Klassenversöhnung«, die der SSW praktizierte, ihn besonders interessant für die SPD und »für die Bourgeoisie« macht. In vulgär-marxistischer und plump vergrößernder Polemik wird analysiert:

»(Zitat von Bundeskanzler Schmidt:) ‚SSW-Politik ist das besondere Angebot an alle Bürger im Landesteil Schleswig, die im Spiel der politischen Kräfte eine Alternative suchen‘. Das besondere Angebot besteht darin, daß er lokalborniert die reformistischen Forderungen der SPD wiederholt: Bedeutende Verstärkung der Finanzhilfen für Werften, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Fischerei. Schaffung neuer Arbeitsplätze, aber keine ‚artfremde‘ (?) Industrie, Einschränkung der Kurtaxe, umweltfreundliche Energie, Chancengleichheit im Schulsystem, Erstellung von Pflegeplätzen für ‚Alte‘, mehr öffentliche Toiletten in Flensburg, usw. Dieser Deckmantel ist noch wirksam... Es wird Zeit, daß der Mantel gelüftet wird.«<sup>11</sup>

Korrekt ist daran, daß SSW und SPD programmatisch häufig dieselben Populärforderungen aufweisen und dieselben Schichten ansprechen möchten: Arbeiter, Intellektuelle, kleine und mittlere Gewerbetreibende und Bauern. Der KBW indes hoffte, daß die Revolution der Arbeiterklasse die Verhältnisse bald bereinigen werde. Folgerichtig versuchte er, die Wahlberechtigten von der Falschheit ihrer potentiellen Wahlentscheidung zu informieren. In dem Artikel »Der SSW als neue Alternative der Opportunisten — Als vierte Partei soll er die demokratische Bewegung in parlamentarische Bahnen lenken«<sup>12</sup> kritisiert er 1979 in negativ besetzter

Weise grüne Sympathien für den SSW. Kritisiert wird die SSW-Forderung nach Förderung aller Ansätze, die der Vollbeschäftigung im Landesteil dienen:

»Alle Ansätze — also auch die Zwangsarbeitsmaßnahmen, vom Arbeitsamt organisiert in Form von Förderungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeit, egal zu welchen Bedingungen, das ist im Sinne der Bourgeoisie, denn sie will folgende Bedingungen: Arbeit bei Nacht, in Schichten und im Akkord, und dabei billig!«<sup>13</sup>

Dem SSW wird vorgeworfen, nicht alternativ sonder sozialdemokratisch zu sein, was als Schimpfwort verstanden wird. Die Partei lenke ferner die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm auf den parlamentarischen Weg, was als Abschwächung des außerparlamentarischen Widerstandes gegen Atomkraftwerke und somit als verwerflich angesehen sei.<sup>14</sup>

Mit dem Rückgang der Mitgliederzahlen, mehr noch aber mit dem Verlust des relativ breiten Sympathisantenfeldes, ab 1980 änderte der KBW den Tenor seiner »Minderheitenpolitik«. In dem Willen, durch eine differenziertere Trennung zwischen »richtig« und »falsch« bei der Minderheitspartei positiv in die Reihen der dänischen

Minderheit hineinzuwirken und eventuell noch Anhänger zu werben, wurde der SSW realistischer als eine besondere Kraft im Grenzland anerkannt:

»Nach der Gründung der Bundeswehr 1956 setzte sich der SSW als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheit u. a. dafür ein, daß Kriegsdienstverweigerer auch wegen Gewissenskonflikten auf Grund ihrer Stellung als nationale Minderheit anerkannt werden; daß sie in den KDV-Kommissionen vertreten sind; für die wehrpflichtige Jugend das Recht, bei Meinungsverschiedenheiten mit Vorgesetzten ein Gericht anzurufen; das Recht, die dänische Sprache zu benutzen; nicht außerhalb des Heimatlandes zu dienen.

Bislang sind keine dieser gerechten Forderungen erfüllt... Anlässlich der öffentlichen Vereidigung in Flensburg konnte man feststellen, daß die sich entwickelnde Bewegung gegen die Kriegsgefahr und die dänische Minderheit sich gut zusammenschließen können.«<sup>15</sup>

Entsprechend der auf Emanzipation ausgerichteten Politik des KBW wurde geschickt die Ausstattung der dänischen Schulen im Flensburger Bereich gelobt, wobei für den Zeitraum 1973-1979 eine Verbesserung des Schüler-Zustroms von 14,2 auf 17,5 Prozent der Gesamtschülerzahl dem Rechnung trug. Die deutschen Parteien hätten nichts unternommen, um die Schulen der Mehrheitsbevölkerung attraktiver auszustatten.<sup>16</sup>

Im Rundfunkbereich machte sich der KBW für die Vertretung des SSV im NDR-Rundfunkrat stark, ohne allerdings begründen zu können, weshalb er die Forderung entgegen seiner sonstigen distanzierten Haltung zu Aufsichtsinstanzen auf-

stellte.

Im November 1980 schließlich widmeten die »Politischen Berichte« des Flensburger BWK der dänischen Minderheit einen ausführlichen Artikel. Tatsache sei, so wurde festgestellt, daß der SSW seit einigen Jahren immer mehr zu einem Hindernis nicht nur für Maßnahmen gegen die Minderheit, sondern für alle »Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen« werde.<sup>17</sup>

Diese Feststellung einer Periodisierung in der Tätigkeit des SSW war gänzlich neu und markierte eine Verstärkung des sich seit kurzem abzeichnenden Kurswechsels, der zwar der breiten Öffentlichkeit und der dänischen Minderheit verborgen blieb, theoretisch jedoch das schwankende Niveau der Maoisten herausstellte sowie ihre Unsicherheit gegenüber der dänischen Minderheit in politischen Grundsatzfragen. Der BWK lobt die Forderung des SSW nach einer demokratischen Kommunalverfassung durch Regionalisierung staatlicher Aufgaben auf die örtliche Ebene. Ansonsten werden alte Standards des KBW wiederholt, die sich gegen die Struktur des privat organisierten Schulwesens, das Verbot der Verwendung der dänischen Sprache bei Behörden oder Gerichten und die unzureichenden Betriebskostenzuschüsse wenden. Der zitierte Artikel resümiert.

»Die Interessen der dänischen Minderheit stehen in keinerlei Widerspruch zu denen der übrigen arbeitenden Leute in Südschleswig, sondern richten sich gegen die Landesregierung, und umgekehrt nimmt die Minderheit auch an allen demokratischen und wirtschaftlichen Kämpfen teil.«<sup>18</sup>

Isoliert von der zwischennationalen Situation in Südschleswig eine Verwendung des Dänischen durch die Behörden zu fordern ist unsinnig, da die Minderheit im wesentlichen eine Gesinnungsminderheit ist, deren Glieder — sofern sie dänisch sprechen — sämtlich auch das Deutsche ebenso gut wie Angehörige der Mehrheitsbevölkerung beherrschen, da sie zusammen mit dieser in kaum klar voneinander ab- grenzbaren Gebieten als Streuminderheit leben. Die übrigen Kritikpunkte werden mehr oder minder akzentuiert auch von anderen Mehrheitsbevölkerungsparteien getragen.

Drastisch wird die zeitgenössische Perspektivlosigkeit maoistischer Minderheitenkonzeptionen am Beispiel des KBW und seiner Nachfolgeorganisation deutlich. Die teilweise komplizierten politischen, programmatischen und sozialen Minderheitenstrukturen werden in ihrer Bedeutung und Funktion nicht durchschaut, sondern schematisch zum Nachweis eigener Thesen zur gesellschaftlichen Entwicklung mißbraucht. Die Kritik an der SSW-Politik bleibt rudimentär, wobei einzelne Verbände und Organisationen des SSW gar nicht näher betrachtet werden.

## 2. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Zur ersten Gemeinderatswahl nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich im Raum Flensburg alle deutschen Parteien einschließlich der SPD und der KPD zu einer »deutschen Wahlgemeinschaft« zusammen. Daraufhin trat ein großer Teil der KPD-Mitglieder aus der Partei aus, so daß das Parteienbündnis, das auch als »technische Wahlgemeinschaft« bezeichnet wurde, der Partei wegen der betont nationalen Stoßrichtung schweren Schaden zufügte. Viele Kommunisten und ihre Wähler mochten nicht zugleich den Kandidaten von CDU, SPD und FDP zusammen mit der KPD ihre Stimme geben.<sup>19</sup>

Die KPD-Führung folgte jedoch zentralen Direktiven, die direkt gegen dänische Expansionsabsichten in den Südschleswig-Raum gerichtet waren. Die Sowjetunion betrieb nach 1945 eine Politik der Eindämmung der nationalistischen Kreise Dänemarks und Südschleswigs, deren Forderungen darauf hinausliefen, Schleswig von Holstein verwaltungsmäßig zu trennen und die Flüchtlinge aus den verschiedenen Teilen Deutschlands aus Südschleswig auszuweisen. Dies läßt sich zumindest aus der Tatsache entnehmen, daß Stalin an Dänemark einen Protest richtete, weil dieses die Wünsche des SSV an die Westmächte empfehlend weitergeleitet hatte.<sup>20</sup> Stalin rechnete sich vermutlich aus, damit bei einem Friedensvertrag mit Deutschland eine der Sowjetunion loyal ergebene Staatsführung zurückzulassen, indem er gewisse territoriale Verstümmelungen nicht zuließe. Ein kurzfristig bedeutsames Motiv seines Protests mag auch in der Tatsache zu sehen sein, daß eine Vertreibung der in Südschleswig untergekommenen Flüchtlinge aus dem Osten unübersehbare Probleme für die mittel- und ostdeutschen Gebiete geschaffen hätte, die für die sowjetischen Besatzungsbehörden kaum zu bewältigen gewesen wären.

R. Jürgensen, Sekretär der DKP für Landes- und Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein, führte zur heutigen Haltung der DKP im Land aus, daß die Notwendigkeit »Einzelforderungen ... zu spezifischen Problemen« der Minderheiten herauszuarbeiten, heute nicht gegeben wäre,<sup>21</sup> daß aber deshalb die Beschäftigung mit Minderheiten keineswegs eine Randfrage sei.

Aus der Gemeinsamkeit der Erfahrungen unter dem Nationalsozialismus heraus bemühe sich die DKP auch heute um gute Beziehungen zur dänischen Minderheit, wie es der internationalistischen Grundhaltung der Partei entspreche, äußerte Jürgensen weiter.

Auf die unterschiedliche soziale Herkunft und gesellschaftliche Rolle der Mitglieder des SSW und der daraus resultierenden etwaigen Kontakteinschränkungen seitens der DKP angesprochen, verwies Jürgensen auf »teilweise sehr gute Kontakte« mit nicht näher bezeichneten Mitgliedern und Funktionären des SSW. Er vermied es, direkt auf die Inhalte der Programmatik des SSW einzugehen,

sondern stellte die »übereinstimmende Haltung der kommunistischen Arbeiter« (der DKP -d.V.) »und (ihrer) Kollegen der dänischen Minderheit zum Problem der Arbeitslosigkeit«<sup>22</sup> heraus.

Der SSW wurde vom ihm als »wichtiger demokratischer Faktor« bezeichnet, der sich etwa gegen Berufsverbote wende.

Jürgensen verteidigte das Nachkriegsverhalten der KPD und die »deutsche Wahlgemeinschaft« in Flensburg als eine Taktik gegen Grenzkorrekturen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der Friedens in Europa sei die »Respektierung der bestehenden Grenzen«.<sup>23</sup> Die Unterstützung der deutschen Minderheit in Nord-schleswig durch deutsche Einrichtungen und Parteien akzeptierte der DKP-Vertreter. Er empfand jedoch »sehr häufig (einen) falschen Zungenschlag« bei Vertretern der schleswig-holsteinischen Mehrheitsbevölkerungsparteien und forderte die »Distanzierung von allen nationalistischen Bestrebungen«.<sup>24</sup> Die Änderung der CDU- Politik in der Bezuschussungsfrage bezeichnete Jürgensen als mutmaßliches »bundespolitisches Wahlmanöver«, mit dem sich die CDU SSW-Stimmen für die Bundestagswahl 1983 habe sichern wollen. Immerhin war er bereit, das CDU-Verhalten als Zugeständnis zu werten, welches demzufolge über den Tag hinaus Bedeutung habe. Seiner Meinung nach billige die CDU dem SSW nach wie vor nur ein »Mandat minderen Status« zu.<sup>25</sup>

Insgesamt zeigen diese Äußerungen, daß sich die DKP partiell in der Auseinandersetzung mit dem SSW befindet und die nationale Problematik weitgehend beiseite läßt.

Die marginale politische Rolle der Partei in Schleswig-Holstein<sup>26</sup> und die mindere Relevanz der nationalen Minderheit für die taktische Konzeption der DKP lassen vermuten, daß diese Fragen für die DKP derzeit kein Konflikt- und damit auch kein Profilierungs-Potential enthält. Immerhin lassen die Ausführungen des DKP-Verantwortlichen R. Jürgensen einen größeren Realitätsbezug als die schriftlichen Darlegungen der KBW-Zeitung erkennen.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. dazu A. Kosing, Nation in der Geschichte und Gegenwart, Berlin (DDR) 1976.
- 2 Carl Boehm, Die jüngere politische und kulturelle Entwicklung der dänischen nationalen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen nationalen Minderheit im Königreich Dänemark unter besonderer Berücksichtigung des friesischen Bevölkerungsteils in der Bundesrepublik. Phil.-Diss., Hamburg 1985, 411 S., unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript.
- 3 Der KBW orientierte sich an der Minoritätenpolitik der Volksrepublik China und entsandte einige Dutzend Mitglieder aus der gesamten Bundesrepublik in den Norden

Schleswig-Holsteins, um hier den »Aufbau der Kommunistischen Partei« voranzutreiben. An den Hochschulen und Universitäten des Landes konnte der KBW nachhaltigen Einfluß unter Intellektuellen — Dozenten und Studenten — erringen und über gewisse Zeit behaupten. Ein Multiplikatoren-Effekt — das Weitertragen von KBW-Auffassungen in verschiedene Bevölkerungskreise — blieb jedoch zur Enttäuschung des KBW aus. Der 1973 gegründete KBW spaltete sich 1980. Die Abspaltung »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) konnte im Landesteil Schleswig fast sämtliche KBW-Angehörige auf ihre Seite ziehen. Da der BWK jedoch fast nur noch publizistisch tätig ist, werden seine Kontakte zu dänischen Südschleswigern, insbesondere zu alternativ und links orientierten Jugendlichen mit der Zeit abbrechen.

- 4 (ungezeichnet) Die Regierungstätigkeit der SPD in Schleswig-Holstein von 1947-1950, in: Zentrales Komitee des KBW (Hg.), Kommunistische Volkszeitung, Bezirksausgabe Flensburg-Westküste, Jg. 6, Woche 42, Frankfurt/M. und Flensburg 1978. Hinfort wird die Kommunistische Volkszeitung mit KVZ abgekürzt, sowie lediglich Artikel, Erscheinungswoche und -jahr zitiert.
- 5 Vgl. (ungezeichnet) Die Schulen der dänischen Minderheit sind lückenloser Kontrolle unterworfen, in: KVZ, Woche 43/1978.
- 6 Vgl. (ungezeichnet) Kanzler für Europa — das Wahlfeld wird abgesteckt. Schmidt bei der dänischen Minderheit in Flensburg, in: KVZ, Woche 51/1978.
- 7 (ungezeichnet) Der SSW: nicht die politische Vertretung der dänischen Minderheit, sondern besondere Variante zur Fesselung der Volksmassen, in: KVZ, Woche 52/1978.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 ebd.
- 10 ebd.
- 11 ebd.
- 12 ders., in: KVZ, Woche 16/1979.
- 13 ebd.
- 14 Vgl. ebd.
- 15 (ungezeichnet) Die dänische Minderheit ist eine wichtige Kraft im Kampf gegen die Kriegsgefahr, in: KVZ, Woche 15/1980.
- 16 Vgl. (ungezeichnet) Die Ausstattung der dänischen Schulen in Flensburg, in: KVZ, Woche 35/1980.
- 17 (ungezeichnet) Spannungen zwischen dänischer Minderheit und schleswig-holsteinscher Landesregierung nehmen zu, in: Zentrales Komitee des BWK (Hg.), Politische Berichte, Jg. 1, Nr. 4, Köln 1980, S. 25-27.
- 18 ebd.
- 19 Vgl. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hg.), Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt, Flensburg 1966, S. 462.
- 20 Der Protest erfolgte am 3. Juni 1948. Vgl. E. Kühler, Chronik, abgedruckt im Deutschen Volkskalender Nordschleswig, Apenrade 1950, S. 103.

- 21 Interviewprotokoll mit dem Sekretär der DKP für Landes- und Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein, R. Jürgensen, am 7. Februar 1983 in Kiel. Mit Datum 1. März 1983 wurde das Interview als offizielle Stellungnahme der schleswig-holsteinischen DKP freigegeben.
- 22 ders., zit. in ebd.
- 23 ders., ebd.
- 24 Vgl. ebd. — Der BWK liegt publizistisch mit der Frage »nationalistischer Bestrebungen« ebenfalls auf dem Kurs der DKP:  
 Seit Barschei Ministerpräsident. . . ist, wird unter der Propaganda, die Beziehung zur dänischen Minderheit verbessern ,der alte Deutschnationalismus neu aufgelegt... Die Gelder (an den »Bund deutscher Nordschleswiger«) fließen so reichlich, daß der 1. Generalsekretär des BdN öffentlich verkündet, daß es mit den Finanzen nun genug sei, sie brauchten mehr ideelle Unterstützung für das deutsche Bewußtsein. Flugs geht Barschei daran, Sonderregelungen für ethnische Minderheiten zu fordern . . . Mit der Pöppelung von nationalem Gedankengut soll wieder einmal die Europa-Frage gelöst werden«. Quelle: (ungezeichnet) Schleswig-Holstein. Barschei und die Neuordnung Europas, in: Politische Berichte, Jg. 4, Nr. 3, Köln 1983.  
 Solche Aussagen sind nicht nur problematisch, sondern in der Konsequenz unrichtig, wenn man die Sensibilität betrachtet, mit der beide Seiten, Deutsche und Dänen, das Grcnzland politisch und kulturell betrachten und in ihm agieren. Niemand möchte dänisches Territorium der BRD einverleiben und auch Dänemark achtet sehr genau auf seine politische Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in der EG und in Fragen Südschleswigs.
- 25 Interviewprotokoll Jürgensen, a.a.O.
- 26 Landesweit hat die DKP nach dem Landesverfassungsschutzbericht 1000 Mitglieder. Sie sind in elf Kreis- und 40 Ortsgruppen organisiert, und ihre Schwerpunkte liegen in Holstein und in Flensburg. Quelle: Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1984, o.O. (Kiel) 1985, S. 34.

## Von der Gunst des Grenzlandes

*Flensburger Presseberichte zum nationalsozialistischen Staatseingriff in den Kirchenkampf 1935/36*

In der Stadt Flensburg und ihrem Umland gibt es seit über 100 Jahren zwei Zeitungen: die von der Mehrheitsbevölkerung gelesenen deutschsprachigen »Flensburger Nachrichten« (künftig: Fl.N.) und die für die Angehörigen der dänischen Minderheit geschriebene »Flensborg Avis« (künftig: Fl.A.). Infolge der politischen und kulturellen Ausrichtung beider Blätter und der Beschränkung ihrer Leser auf die jeweils eigene Sprache ist das Verhältnis jener Zeitungen zueinander wohl als das eines abgeschirmten Nebeneinanders zu kennzeichnen, in früheren Zeiten des Grenzkampfes auch als das eines Gegeneinanders. Hier soll nun einmal von einem Fall die Rede sein, in dem ihr Verhältnis eines der gegenseitigen Ergänzung war und der umsichtige Leser in der einen Zeitung die Informationen fand, die ihm die andere vorenthielt. Das geschah vor fünfzig Jahren in der Berichterstattung über die kritischste Phase des Kirchenkampfes, den Staatseingriff vom Herbst 1935, in Berlin.

Den Anstoß zu dieser Untersuchung lieferte mit eine im Propsteiarchiv Flensburg aufgefundene Akte, die mehrere Zeitungsausschnitte aus Flensborg Avis zwischen Oktober 1935 und Februar 1936 enthält, daran angeheftet die deutschen Übersetzungen. Es handelt sich um eine Akte des Flensburger Propsten Karl Hasselmann, der im Herbst 1933 im Zuge der Neuordnung der Landeskirche von seinem Altonaer Pastorenamt ins Flensburger Propstenamt berufen worden war, und dies dank seiner Hinwendung zu den »Deutschen Christen« (DC), einer nationalsozialistischen Kirchenbewegung.

Die »*Deutschen Christen*« suchten Kirche und Nationalsozialismus miteinander zu verbinden: sie wollten die evangelische Kirche spezifisch deutsch ausrichten (Volkstum, Rasse, Nation als göttliche Lebensordnungen, Ablehnung alles Jüdischen), ein lebendiges, volkstümliches Tatchristentum praktizieren und zentralistisch das Führerprinzip einführen (einheitliche Reichskirche unter einem Reichsbischof). 1933 eroberten die DC in den preußischen Landeskirchen, also auch in den schleswig-holsteinischen, die Mehrheit in den kirchenleitenden Gremien und Ämtern.

Die von Propst Hasselmann gesammelten Zeitungsausschnitte weisen jedoch in eine ganz andere, entgegengesetzte Richtung: die Artikel aus Fl.N. rücken die kirchenpolitische Opposition zur deutschchristlichen Amts- und Reichskirche, die Bekenntnisgemeinschaft (BK), in den Mittelpunkt.

Die »**Bekennniskirche**« hatte sich 1933 in Abwehr gegen die DC gebildet. Unter dem Grundsatz »Kirche muß Kirche bleiben« trat die BK dafür ein, kirchliches Leben allein aus der Bibel und den lutherischen Bekenntnisschriften zu gestalten, nicht durch den neuen Zeitgeist von Partei, Staat und Volk.

Obwohl Hasselmann ein führender Vertreter der DC und der 1934/35 aus ihnen hervorgegangenen Mittelfront sowie als Propst vor allem auch ein Repräsentant der Amtskirche war, hat er sich dennoch für die Entwicklungen im gegnerischen Lager der BK interessiert. Über die BK allerdings berichteten die gleichzeitigen FI.N., deren tägliche Lektüre wir bei Hasselmann voraussetzen dürfen, nur beiläufig oder gar nicht.

Die besondere deutsch-dänische Presselandschaft in Flensburg gab ihm die einzigartige Gelegenheit, sich umfassend und gleichsam pluralistisch zu informieren. FI.A. konnte ihm als eine unmittelbare und verlässliche Informationsquelle gelten, weil es mit Jakob Kronika einen eigenen Mitarbeiter in Berlin unterhielt, der offenbar mehr als nur vordergründige Kenntnisse besaß von der damals vom Staat hart bedrängten und in ihrer Reaktion darauf uneinigen BK und der seine Informationen und Eindrücke in Flensburg relativ frei veröffentlichen konnte. Wegen fehlender Dänischkenntnis vermochte Hasselmann die Avis-Artikel nicht direkt zu lesen, sondern war angewiesen auf Hinweise und Übersetzungen anderer. Da die Übersetzungen schriftlich, also in recht arbeitsaufwendiger Form, vorliegen, möchte man schließen, daß dies auf ausdrückliche Bitten Hasselmanns geschehen ist und somit sein besonderes Interesse an der Berliner BK-Zentrale bekundet.

Diese Sammlung von Avis-Artikeln in der Propstenakte nötigt dazu, den Sachhintergrund des Staatseingriffs vom Oktober/Dezember 1935 zu klären, den Inhalt und die Tendenz dieser dänischen Berichte zu bestimmen und mit denen der dominierenden Ortszeitung der FI.N. zu vergleichen sowie schließlich nach den Wirkungen zu fragen, die diese einmalige, ortsbedingte Informationsquelle auf Hasselmann kirchenpolitisch ausübte.

### *1. Der Stand des Kirchenkampfes 1935*

In der Kirchenpolitik des Dritten Reiches zeichnete sich seit dem Sommer 1935 ein neuer Kurs ab. Hitler ließ seinen bisherigen Vertrauensmann, den Reichsbischof Ludwig Müller (DC), fallen, dem es während seiner zweijährigen Amtszeit nicht gelungen war, die deutschchristliche Richtung in der evangelischen Reichskirche durchzusetzen und das Entstehen, ja Erstarken einer Gegenbewegung, der Bekennniskirche, zu verhindern oder zumindest einzudämmen. Um die eingetretene Spaltung der evangelischen Kirche in »Deutsche Christen« und »Bekennende Kirche« zu überwinden, schuf Hitler nun ein gesondertes

Reichskirchenministerium und berief Hanns Kerrl im Juli 1935 in dieses Amt mit dem Auftrag, aus Vertretern aller kirchenpolitischen Gruppen einen Reichskirchenausschuß und danach entsprechende Landeskirchenausschüsse zu bilden. Da diese Ausschüsse die Aufgabe der Kirchenleitung wahrnehmen sollten, konnte dies nur bedeuten, daß sie an die Stelle des Reichsbischofs rücken würden.

Die Monate Oktober bis Dezember 1935 waren davon erfüllt, wie der Reichskirchenausschuß und die Landeskirchenausschüsse zusammengesetzt wären, ob und wie die kirchenpolitischen Gruppen zur Mitarbeit bereit wären und in welchem Maße die Autorität der Ausschüsse in den Landeskirchen durchdringen würde. Mitten hinein in diese Auftaktphase des kirchenpolitischen Ausgleichs führt die Berichterstattung der Flensburger Presse, die hier einmal näher betrachtet werden soll.

## *2. Die Berichterstattung von Flensburg Avis und Flensburger Nachrichten*

### *2.1. Berichte zu den Reichskirchengesetzen*

Von der gesetzlichen Ermächtigung, die evangelische Kirche neu zu ordnen, machte Reichskirchenminister Kerrl am 3. Oktober 1935 Gebrauch durch eine Verordnung, nach der »aus Männern der Kirche« ein Reichskirchenausschuß und entsprechende Landeskirchenausschüsse zu bilden seien, denen die Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche obliegen würde. Darüber berichtete Fl.A. schon am 6. Oktober auf seiner ersten Seite (s. Tafel, Abb. 1). Es stellt, über den Wortlaut der Verordnung hinaus, die Absicht heraus, daß sowohl BK- wie DC-Vertreter berufen werden, und spekuliert bereits über mögliche Personen, indem es für die BK den Pastor Bodelschwingh nennt, der im Juni 1933 als Reichsbischof schon kirchlich gewählt, dann aber sogleich von den DC und Hitler ausgeschaltet und durch Ludwig Müller (DC) ersetzt worden war. Avis folgert dann vorsichtig, daß mit dem künftigen Reichskirchenausschuß die Kirchenleitung des Reichsbischofs Müller aufhören werde. In einer wiederum erstseitigen Notiz am 18. Oktober, nach Besetzung des Ausschusses, führt Avis noch deutlicher zu der Feststellung, daß nun die Ära des Reichsbischofs vorbei sei, obwohl er formal noch nicht abgesetzt sei (s. Tafel, Abb. 4).

In der dänischen Zeitung kommt eine Linie zum Ausdruck, die das bisherige DC-Kirchenregiment ablehnt und den neuen Kurs des Ausgleichs, weil er die BK beteiligt, begrüßt. In beiderlei Hinsicht stützt Fl.A. das Anliegen der BK.

Die Fl.N. dagegen enthielten sich in der ersten Oktoberhälfte bis zur Besetzung des Reichskirchenausschusses jeden Berichts; sie gingen erst mit der Konstituierung des Ausschusses auf die kirchliche Neuordnung ein, nun aber ausführlich

und wirkungsvoll. Die Ausgaben vom 17. und 18. Oktober widmeten jeweils den erstseitigen Hauptartikel der Kirchenfrage: »Nationalsozialismus bedingt Gottesglauben« (17. Oktober) und »Ende des Kirchenstreites« (18. Oktober), daneben noch einen Leitartikel »Christentum der Tat« (s. Tafel, Abb. 2 und 3).

In beiden Hauptartikeln kommt der Reichskirchenminister zu Wort, mit einer Grundsatzrede und mit Presseerläuterungen, dazwischen eingefügt ein Treuebekenntnis des neuen Reichskirchenausschusses zum nationalsozialistischen Staat. Kerrl wehrt immer wieder zwei Einwände ab, erstens, daß der Nationalsozialismus Christentums- und kirchenfeindlich sei, und zweitens, daß er eine Staatskirche schaffen wolle. Vielmehr beruhe der Nationalsozialismus auf dem Glauben an die deutsche Rasse und deutsche Nation als göttliche Ordnungen; christliche Nächstenliebe bedeute »die praktische Liebe zum Nächsten, den Gott uns gegeben hat, den Volksgenossen der deutschen Nation«. Wenn nun auch die Kirche, wie die Masse des Volkes, dem Führer in der großen Marschrichtung folge, habe sie unter der Leitung des Reichskirchenausschusses innerkirchlich freie Hand. Auf dieser Basis habe er für den Reichskirchenausschuß Männer gewonnen, »die aus allen Lagern der in sich noch immer uneinigen evangelischen Kirche kommen«. Im einzelnen klingt noch viel deutschchristliches Gedankengut bei Kerrl an, neu ist jedoch seine Bereitschaft, die Jahre des Kirchenkampfes als notwendigen Klärungsprozeß zu würdigen, die BK anzuerkennen und in den Reichskirchenausschuß zu integrieren. Ohne die BK ausdrücklich zu nennen, ist dennoch seine Warnung, daß »für kirchlichen Streit und für kirchliche Parteien künftig kein Raum mehr« sei, unmißverständlich an diese gerichtet.

Die Öffentlichkeitskampagne des Ministers und ihre Präsentation in den FI.N. werten das Einigungswerk des Reichskirchenausschusses schon als Ende des Kirchenstreites, sie nehmen das angestrebte Ziel bereits als vollendete Tatsache vorweg. In sofern gibt diese Zeitung den offiziellen neuen Kurs Kerrls inhaltlich und tendenziell richtig wieder, auch mit größtem Gewicht in der Gestaltung der Berichte. Sie übergeht aber gänzlich die von FI.A. hervorgekehrte Ausschaltung der reichsbischöflichen Kirchenleitung, die als ein Sieg der BK hätte erscheinen müssen.

Zur Kirchenfrage trat die deutsche Ortszeitung dann erst nach sechs Wochen, am 1. Dezember, wieder mit einem Bericht hervor, der erneut als Hauptartikel gewichtet war: »Nur e i n e Kirchenführung — Neue Kirchenverordnung Reichskirchenminister Kerrls« (s. Tafel, Abb. 7). Die hier im Wortlaut abgedruckte Verordnung sichert die alleinige Kirchenleitung des Reichskirchenausschusses und der Landeskirchenausschüsse dadurch ab, daß sie »kirchlichen Vereinigungen und Gruppen« untersagt, »kirchenregimentliche und kirchenbehördliche Befugnisse« auszuüben, wie die Ausbildung und Prüfung des theologischen Nachwuchses

oder die Amtseinführungen von Pastoren. Die angefügten Erläuterungen Kerrls lenken die Stoßrichtung dieser Verordnung eindeutig auf die BK und deren Bruderräte, die ja solche Amtshandlungen beanspruchten und praktizierten. Setzten sie diese Tätigkeit nach Bildung des Landeskirchenausschusses noch fort, so müßten sie damit rechnen, aufgelöst zu werden; als rein religiöse Gemeinschaft könne die BK jedoch weiterhin wirken. Der Staat nähme mit der Einsetzung des Reichskirchenausschusses und der Landeskirchenausschüsse nur seine Ordnungsmacht wahr, auch wenn »die Herren der sogenannten Bekenntniskirche« ihm die Legitimation dafür absprächen.

Am gleichen Tag widmete auch Fl.A. der neuen Verordnung des Reichskirchenministers einen ausführlichen Hauptartikel: »En ny tysk Kirkelov — Kirkenudvalgene sidder inde med hele Myndigheden«, (s. Tafel, Abb. 6) (dt: Eine neue deutsche Kirchenverordnung — Die Kirchenausschüsse im Besitz aller Vollmacht). Der Bericht bezieht die neuen Bestimmungen sogleich auf die BK und die ihren Bruderräten nun nicht mehr gestatteten Amtshandlungen. Kirchenregimentliche Akte der BK seien durch die Dezemberverordnung so ausgeschaltet wie schon diejenigen des DC- Reichsbischofs durch die Verordnung vom Oktober. Damit habe der Reichskirchenminister der deutschen evangelischen Kirche einen Meilenstein gesetzt. Der Berliner Mitarbeiter von Avis deutet aber auch an, daß der Kurs des Ministers innerhalb der BK umstritten sei: ein gemäßigter Flügel sei bereit, in den Kirchenausschüssen mitzuarbeiten, da sie einen Weg des Ausgleichs darstellten, während ein radikaler Flügel den Kurs des Ministers ablehne und den Austritt aus der Reichskirche befürworte, um sich notfalls dann als Freikirche zu konstituieren. Hier nun gibt Avis seine Sympathie für den Ausschuß-Kurs und für den gemäßigten BK-Flügel zu erkennen, indem es an die Adresse der radikalen BK-Gruppe den mahnenden Hinweis richtet, es brauche sich jetzt niemand um die Kirche Luthers Sorgen zu machen, — die wären nur zu jener Zeit in hohem Maße begründet gewesen, als der Reichsbischof Müller an der Spitze der Kirchenregierung gestanden habe.

Fl.A. rückte im Zusammenhang mit der neuen Verordnung die Rolle der BK in den Vordergrund und legte sie weitaus konkreter und differenzierter dar, als die Fl.N. und der Minister es offiziell taten. Avis sah wegen der Haltung der radikalen BK-Gruppe »neue Schicksalstage« für die evangelische Kirche voraus. Dies veranlaßte die dänische Zeitung, während der folgenden Tage laufend und umfassend über die BK zu berichten.

## *2.2. Avis-Artikel über die Kirchenpolitik der BK*

Schon einen Monat zuvor hatte Fl.A. am 8. November über verschiedene Konflikte zwischen der BK und dem Staat bzw. der Partei berichtet, die den

beginnenden Ausgleichskurs durch neue, unerwartete Spannungen überschattet hätten (s. Tafel, Abb. 5). In Berlin-Dahlem habe die Polizei bei mehreren Mitarbeitern des Burkhardt-Hauses, dem Sitz der BK für die weibliche Jugendarbeit, Hausdurchsuchungen durchgeführt und die zu eröffnende theologische Hochschule der BK schließen lassen. Als noch kritischer stuft der Berichterstatter den dritten offenen Konflikt ein, wo acht Theologiestudenten der BK ein NS-Studentenlager verlassen hätten aus Protest gegen die dort praktizierte weltanschauliche Schulung, die in deutlich antichristlichem Sinne geschehe. Wegen all dieser Vorfälle habe die BK-Führung kein Vertrauen in den neuen Kurs des Reichskirchenministers und deshalb beschlossen, jeden Geistlichen, der in die Kirchengremien eintrete, von seinen Ämtern in der BK zu suspendieren. Der Avis-Mitarbeiter ließ es bei dieser Sachmitteilung bewenden; er verzichtete darauf, den Beschluß als das zu deuten, was er im Kern war, eine Absage der BK an den Weg der Kirchengremien und den neuen Kurs der Reichsregierung. Dadurch vermied Kronika jeden verschärfenden oder parteinehmenden Unterton seiner Darstellung, auch indem er abschließend andeutete, daß Hitler in den Studentenkonflikt persönlich eingegriffen und in den Lagern antichristliche Vorträge verboten habe, — dies allerdings nicht als Tatsachenmeldung, sondern als vorsichtige Andeutung: wie »mit großer Bestimmtheit verlaute«.

Der Leser von Fl.A. konnte daher schon lange vor der Dezember-Verordnung wissen, daß der Kurs der Kirchengremien von offen ausgebrochenen Gegensätzen zwischen der BK und dem Minister Kerrl begleitet war; er konnte vollends nach dem 3. Dezember die sich zuspitzenden Entwicklungen in der Berliner BK-Zentrale durch nun tägliche Avis-Berichte am 4., 5., 6. und 8. Dezember weiterverfolgen.

Die Artikel jener Tage breiten in aller Öffentlichkeit, eingeschränkt nur durch die dänische Sprache, das Widerstandshandeln der BK gegen die Kirchenverordnung des Ministers aus. Sie rücken die Person und Gemeinde Martin Niemöllers in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: von seiner Dahlemer Kirche würden wohl »neue scharfe Kampfsignale« ausgehen.

Ein solches Kampfsignal war der von Pastor Niemöller am 3. Dezember, einem Werktag, eilig eingerichtete Bekenntnisgottesdienst, — am Tag der Verkündigung der neuen Verordnung des Ministers, die tags darauf in Kraft treten würde. Eine kirchenfüllende BK-Gemeinde war anwesend und zwanzig BK-Geistliche wirkten mit, als Niemöller fünf Kandidaten der Theologie zu Pastoren ordinierte. Auch der Berliner Avis-Korrespondent Kronika war bei dem Dahlemer Gottesdienst zugegen, um in der Ausgabe vom 4. Dezember darüber zu berichten (s. Tafel, Abb. 8). Die Zeitung ließ den Artikel »Hos Pastor Niemöller i Dahlem« (Bei P.N. in

Dahlem) allerdings erst an nachgeordneter Stelle, in der Ortsbeilage Apenrade, erscheinen, wohl wegen des Konfliktstoffes gegenüber der Ministerverordnung. Hasselmanns Informant und Übersetzer spürte den Bericht dort dennoch auf.

Kronika schilderte detailliert Niemöllers Predigt über das Bibelwort von den 7000 Menschen, die nicht die Knie beugten vor den Abgöttern der Zeit, und darin seine Mahnung an die BK-Gemeinde, daß sie als Minderheit künftig irdische Bedrängnisse werde ertragen müssen. Es sei nun zu erwarten, daß Niemöller der Verordnung des Kirchenministers und den Kirchenleitungen der Ausschüsse eine Absage erteilen werde. An dieser Reaktion würde sich aber möglicherweise die BK spalten, indem eine gemäßigte Richtung dem radikalen Kurs Niemöllers nicht folgen werde.

Der nach Berlin einberufene Reichsbruderrat der BK sorgte an den folgenden Tagen für weitere kirchenpolitische Bewegung. Am 5. Dezember teilte Fl.A. dessen einstimmigen Beschluß mit, der neuen Kirchenverordnung den Gehorsam zu verweigern (s. Tafel, Abb. 9); dies könne ein erster Schritt der BK sein, aus der organisierten evangelischen Reichskirche auszutreten und sich als Freikirche zu konstituieren, falls sich die von Niemöller verkörperte Richtung durchsetze. Für die Ausgabe vom 6. Dezember gab der Avis-Mitarbeiter gesammelte Nachrichten über verschiedene Gegenmaßnahmen Minister Kerrls durch (s. Tafel, Abb. 10): dieser habe gegen Niemöller ein Redeverbot in der Öffentlichkeit verhängt, gegen den Breslauer Bischof Zänker ein Disziplinarverfahren eingeleitet und den BK-Vorschlag einer evangelischen Reichssynode statt der Kirchengremien abgelehnt, doch werde ein staatlich-polizeiliches Verbot gegen die BK insgesamt wegen ihrer Erklärung des Ungehorsams für unwahrscheinlich gehalten. Kerrl habe jedoch im Bemühen, weitere Provinzial-Kirchengremien ins Leben zu rufen, keinen Erfolg gehabt, — offenbar durch die verweigerte Bereitschaft der BK.

Die Berichtserie dieser Tage in Fl.A. vermittelt den Eindruck, daß das Gesetz des Handelns bei der Bekenntnisgemeinschaft lag, nicht beim Kirchenminister. Dieser Eindruck verstärkt sich noch am 8. Dezember durch den vorläufig letzten der täglichen Berichte (s. Tafel, Abb. 12). Die Vertreter des gemäßigten und des radikalen BK-Lagers hätten sich auf einen Vergleich bedingter Mitarbeit in den Kirchengremien geeinigt. Ihre Bedingung sei, daß einige der 1933 eingesetzten DC-Bischöfe zurückgezogen würden und die Deutschen Christen in den neuen Kirchengremien keinen bestimmenden Einfluß erhielten. Diese Forderungen würden von führenden Mitgliedern des Reichskirchengremiums und der Landeskirchengremien unterstützt, — falls sie nicht erfüllt würden, habe der Vorsitzende des Reichskirchengremiums, Dr. Zoellner, sogar seinen Rücktritt angekündigt. Kommentierend fügt der Berichtersteller an, wenn diesem letzten Versuch der Zugeständnisse nicht entsprochen werde, wäre der Bruch zwischen

Staat und Kirche, nicht nur Bekenntniskirche, eine unabwendbare Tatsache. Auch Kronika hätte die gemeinsamen Bedingungen der beiden BK-Flügel gern verwirklicht gesehen, bedeuteten sie doch, daß der Niemöller-Flügel mit diesem BK-internen Vergleich daran gehindert war, sogleich in den Gottesdiensten des bevorstehenden Sonntags die Verbindungen zum Kirchenministerium und damit zum Staat ein für allemal für abgebrochen zu erklären.

Hinter der aktuellen und intensiven Berichterstattung von FI.A. zur Kirchenpolitik zwischen dem 4. und 8. Dezember ist ein meinungsbeeinflussendes Plädoyer dahingehend erkennbar, daß die BK ihre Einheit bewahrt und ihre gemäßigte Richtung die Oberhand gewinnt, damit das Ausgleichswerk der Kirchengremien gelingt und ein Bruch mit dem Staat vermieden wird.

Daß Propst Hasselmann diese Avis-Artikel hat sammeln und übersetzen lassen, um sich kirchenpolitisch zu informieren, nimmt nicht wunder, denn aus der Hauslektüre der Flensburger Nachrichten war in jenen kritischen Dezembertagen kaum ein verlässliches oder gar umfassendes Bild von den Berliner Vorgängen zu gewinnen. Von der BK meldeten die FI.A. in einer kurzen Notiz am 6. Dezember nur das Disziplinarverfahren gegen Bischof Zänker wegen abgehaltener BK-Prüfungen (s. Tafel, Abb. 11), nicht jedoch die gleichzeitige BK-Ordination durch Pastor Niemöller und das vom Kirchenminister verhängte Redeverbot gegen ihn. Die BK sollte wohl, nach offizieller Presselinie, weder als bekämpfte noch als opponierende Organisation hervorgehoben werden. An ihrer Stelle gaben die FI.N. jenen Stimmen Gehör, die dem ministeriellen Kurs der Ausschüsse Zustimmung und Vertrauen bekundeten. In diesem Sinne kamen am 11. und am 19. Dezember die Reichsbewegung Deutsche Christen und die Landeskirche Hannover durch ihren Bischof Marahrens zu Wort (s. Tafel, Abb. 13 u. 15). Daß Marahrens Mitglied der vorläufigen Kirchenregierung der BK war, nun aber sich in den BK-internen Richtungskämpfen für die Mitarbeit in den Ausschüssen entschieden hatte, wird von der Zeitung nicht einmal, wie es doch möglich gewesen wäre, als Beweis für die innere Uneinigkeit der BK ausgenutzt. Beide Erklärungen sind in den FI.N. derart unauffällig und nachrangig plaziert, daß darin schon äußerlich ein Abrücken von den bislang erfolglosen Kirchengremien und überhaupt von der Kirchenpolitik angedeutet scheint. Die Zeitung vermochte sich aber nicht dazu durchzuringen, ihren Lesern die Ursachen und näheren Umstände des Kirchenstreites dort darzustellen, wo sich Erfolg oder Mißerfolg der Kirchengremien wirklich entschieden: im oppositionellen Lager der »Bekennenden Kirche«. Wer solche Aufklärung suchte, war wiederum auf die dänische Ortszeitung verwiesen: sie holte am 18. Dezember mit einem erstseitigen Hauptartikel zu einer Gesamtdarstellung der BK und einer abschließenden Bilanz ihrer Kirchenpolitik aus: »En Spaltning af den tyske Bekendelseskirke« (s. Tafel, Abb. 14).

Avis schätzt die Lage der BK nicht mehr nur als von Richtungskämpfen gespannt, sondern als in zwei vollkommen uneinige Gruppen gespalten ein, deren eine kompromißbereit gegenüber den staatlichen Kirchausschüssen eingestellt sei, während die andere die Ausschüsse kompromißlos ablehne. Im ablehnenden Lager verharre vornehmlich die preußische Bekenntniskirche, geführt von Niemöller, dazu u. a. die schleswig-holsteinische BK; das kooperationsbereite Lager umfasse die Landeskirchen Hannover, Württemberg und Bayern und neuerdings sogar die Mehrheit der eigenen fünfköpfigen Kirchenleitung der BK. Der Berichtstatter begründet diesen Umschwung eingehend. Erstens seien die hannoversche, württembergische und bayrische Landeskirche 1933 nicht von den »Deutschen Christen« erobert und umgestaltet worden und besäßen deshalb als »intakte« Kirchen genügend Selbstbewußtsein und Amtsautorität, um das Wagnis der Kirchausschüsse eingehen zu können. Hier hatten die Amtskirchen sich zur BK gestellt und einen Kirchenkampf mit den DC nie in voller Schärfe ausge tragen, so daß sie es auch jetzt wegen der gemeinsamen Ausschüsse nicht zur Konfrontation kommen lassen wollten. Anders in den »zerstörten« Kirchen, wie Preußen und Schleswig-Holstein, wo 1933 »Deutsche Christen« die kirchenleitenden Ämter in die Hand genommen hatten und die BK aus der Amtskirche verdrängt war. Hier mißtrauten die BK-Vertreter den neuen Kirchausschüssen, als sollte die selbständige BK-Führung wegintegriert und der herrschenden DC-Landeskirche unterworfen werden. Zweitens habe nun Niemöller, um die BK auf einen einheitlichen und bekenntnistreuen Kurs festzulegen, eine Anfrage an die Mitglieder der Vorläufigen Kirchenregierung der BK gerichtet, ob sie den in den bisherigen Bekenntnissynoden erarbeiteten Standpunkt aufrechterhielten, daß allein die BK die nach Schrift und Bekenntnis wahrhaftige Kirche darstelle, die DC aber die Grundlage des christlichen Bekenntnisses verlassen hätten. Diese Einschätzung hätte nur ein Mitglied mit einem absoluten Ja beantwortet, zwei mit einem bedingten Ja und zwei weitere hätten eine eindeutige Antwort umgangen. Auf die konkrete Situation gewendet, hieß dieses Ergebnis, daß sich aus dem BK-Führungsgremium nur ein Mitglied gegen die Mitarbeit in den Kirchausschüssen, vier jedoch dafür ausgesprochen hatten. Zusammen mit den Bischöfen von Hannover, Württemberg und Bayern gäbe es nun eine gewichtige Mehrheit in der BK für die Ausschüsse: die preußische BK wäre in die Minderheit und sogar Isolierung geraten. F.I.A. sieht ein ganz neues Kapitel des deutschen Kirchenkampfes heraufziehen, in dem es ungewiß sei, ob diese verbliebene preußische Richtung der BK überhaupt den Kampf werde fortsetzen können.

Obwohl Kronika auch in diesem großen Bericht genaue Kenntnisse über den Dahlemer Niemöllerkreis verrät und sie auch wohl direkt aus diesem Kreis besitzt, sympathisiert er doch merklich mit der gemäßigten Mehrheit der BK. Wir werden

seine persönliche Einstellung dort vermuten dürfen, wo er einleitend von den vielen spricht, »die das Beste wünschen sowohl für die politische wie für die kirchliche Entwicklung in Deutschland«, und die deshalb dazu neigten, für die BK in den Kirchengremien mitzuarbeiten, den neuen Kurs der deutschen Reichskirchenpolitik mitzugehen. Journalistisch besaßen er und Fl.A. aber auch die Freiheit, und nutzten sie, die Position der unterliegenden preußischen BK mit allen Begründungen und Kritikvorwürfen umfangreich und sachgerecht darzustellen. Solche allseitige Berichterstattung machte zeitgenössisch und inzwischen historisch den besonderen Informationswert dieser dänischen Zeitung aus.

### *2.3. Die BK-Synode von Oeynhausen im Spiegel von FLA.*

Durch das Zögern und die Uneinigkeit der BK kamen die Kirchengremien in den Ländern überall erst spät zustande; in Schleswig-Holstein trat ein solcher am 10. Februar 1936 zusammen, der aber über Vorverhandlungen nicht hinauskam, weil die BK noch zu keiner einheitlichen Willensbildung gelangt war, welche ihrer Bedingungen zur Mitarbeit im Ausschuß kompromißfähig und welche unabdingbar wären. Um dies zu klären und vor allem dabei die gemäßigte und die radikale Richtung der BK zu vereinigen, hatte die Reichs-BK zum 17. Februar eine Synode im westfälischen Bad Oeynhausen anberaumt.

Angesichts der schwierigen Verhandlungen verlängerten die Synodalen ihre ursprünglich auf zwei Tage geplante Versammlung Tag für Tag bis schließlich zum 22. Februar; in gleicher Weise mußte der Avis-Berichtersteller, wollte er Ergebnisse vorweisen, seine Nachrichten aufschieben. In einem noch vor Abschluß der Synode verfaßten Bericht, der am 23. Februar in FLA. erschien (s. Tafel, Abb. 16), schildert Kronika das Ringen der Richtungsgruppen und deutet den möglichen Rücktritt der gemäßigten Mitglieder der BK-Kirchenleitung, des hannoverschen Bischofs Marahrens und des bayrischen Oberkirchenrats Breit, an. Als schließlich dieser Rücktritt erfolgt war und der Reichsbruderrat und ein aus diesem zu bildender kleiner Ausschuß mit der künftigen Leitung der BK betraut war, schickte Kronika einen zweiten Bericht nach, den FLA. am 25. Februar veröffentlichte (s. Tafel, Abb. 17). Beide Artikel sind auf den Hauptseiten plaziert und umfassen mehrere Spalten.

Die Avis-Artikel vermitteln den Eindruck, daß in Oeynhausen in langwierigem Bemühen und auch kirchlich würdevoll versucht worden ist, das Auseinanderfallen der BK abzuwenden, wofür besonders der bayrische Bischof Meiser für die Gemäßigten und der Berlin-Dahlemer Pastor Niemöller für die Radikalen sich persönlich verbürgt hätten. Daß dieses Ziel dennoch nicht erreicht wurde, schreibt Avis den Anhängern Niemöllers zu, die unter den 150 Synodalen zu einer Mehrheit angewachsen seien und die Diskussionen beherrscht hätten unter der Parole

der Opposition gegen die staatlichen Kirchausschüsse. Dagegen hätten Marahrens, Breit und der westfälische Präses Koch mit ihrem Rücktritt reagiert. Sie sind in den beiden Berichten von Kronika die meistgenannten Namen, deren Persönlichkeit und Amtsgewicht er der zahlenmäßigen Mehrheit des Niemöllerflügels gegenüberstellt. Kronika wertet den »Sieg« der radikalen BK-Opposition noch weiterhin ab, indem er gewisse Stimmen der offiziellen Politik und der staatlichen Kirchenpolitik anführt, die damit rechneten, daß die gemäßigten Kirchenführer für ihren Kurs der vertrauensvollen Mitarbeit in den Kirchausschüssen eine breite Unterstützung bei den Pastoren und Gemeinden im Lande finden würden. Trotz seiner schon in früheren Artikeln geäußerten Sympathie für den Ausschußkurs des Reichskirchenministers ist der Avis-Mitarbeiter jedoch Realist genug, um in beiden Berichten abschließend darauf hinzuweisen, daß die Stellung der deutschen BK auch nach der Oeynhausener Synode nicht geklärt, der Kirchenkampf nicht abgeschlossen, nicht einmal gemildert, und die Lage der Kirche von der durch die Ausschüsse bezweckten Befriedung weit entfernt sei.

Die Aussicht auf eine Fortdauer des Kirchenkampfes und der Opposition gegen die Kirchausschüsse werden es der gleichgeschalteten offiziellen Presse haben tunlich erscheinen lassen, die Oeynhausener BK-Synode totzuschweigen, obwohl ja der Rücktritt der gemäßigten Vertreter von der BK-Kirchenleitung ein zustimmendes Signal für die Ausschußpolitik des Reichskirchenministers war. So gingen denn auch die gleichzeitigen Flensburger Nachrichten mit keinerlei Notiz, geschweige denn mit einem Hauptartikel, auf die Oeynhausener Vorgänge oder Ergebnisse ein, was wiederum für den kirchenpolitisch interessierten und engagierten Flensburger Pröpsten Hasselmann der Anlaß war, sich durch FLA. zu informieren. Der dänische Avis-Mitarbeiter in Berlin arbeitete einerseits journalistisch redlich genug, um trotz seiner Stellungnahme für den gemäßigten, kompromißbereiten BK-Kurs auch die konsequente Oppositionsfront der Niemöller-Gruppe sachgerecht darzustellen, und andererseits berichtete er loyal genug über die Ausschußpolitik der Regierung, ohne Partei und Staat herauszufordern.

### *3. Propst Hasselmanns kirchenpolitische Position zur Zeit der Kirchausschüsse 1935/1936*

Wenn Propst Hasselmann sich auf schwierigem und ungewöhnlichem Wege Zugang verschaffte zu den Kirchenartikeln von FLA., die sich schwerpunktmäßig der BK zuwandten, so deutet dies darauf hin, daß er sich damals ernsthaft mit der BK, seinem kirchenpolitischen Gegenüber, auseinandersetzte. Auseinandersetzung, Parteinahme und Überzeugungswandel kennzeichnen überhaupt Hasselmanns kirchenpolitischen Weg zwischen 1933 und 1945.

Der eine Eckpunkt war seine führende Rolle als Deutscher Christ 1933/1934.

Nach seinem Übertritt zu den DC im Juli 1933 wurde er von der neuen DC-Kirchenleitung im Herbst 1933 zum Pröpsten der Propstei Flensburg befördert, obendrein zum DC-Propsteileiter. Nach der kirchlichen Radikalisierung der DC, die in der Berliner Reichstagung vom November 1933 durchbrach und den Sturz des ersten DC-Reichsleiter Hossenfelder auslöste, stellte Hasselmann sich der neuen DC-Führung unter Dr. Kinder vom Kieler Landeskirchenamt zur Verfügung. Kin-

der und Hasselmann traten für eine eigenständige Reichskirche ein, die mit dem nationalsozialistischen Staat bejahend Zusammenwirken würde, und lehnten deshalb die BK als reaktionär ab.

Der andere Eckpunkt war Hasselmanns schließliche Annäherung an die einst bekämpfte Bekenntnisbewegung, die er, wie demnächst in einem anderen Aufsatz nachgewiesen werden soll, im Jahre 1941 vollzog. Ihn überzeugte der Aufruf des württembergischen BK-Bischofs Wurm zum kirchlichen Einigungswerk, für das Hasselmann sich werbend einsetzte. Vor allem stimmte er im Frühjahr 1941 bei der Nachwahl zum Synodalausschuß der Propstei für den Kandidaten der BK, — freilich vergebens, denn er tat es entgegen der Mehrheit seiner Ausschußgenossen von 1933. Durch seine neue Position aber erschien Hasselmann bei der kirchlichen Neuordnung 1945 glaubwürdig und geeignet genug, um in die Vorläufige Kirchenleitung des Landes berufen zu werden.

Und zwischen diesen Eckpunkten — 1933 DC-führend, 1941 BK-fördernd — lag 1935/36 die Ära der Kirchengemeinschaften mit Hasselmanns Lektüre der Avis-Artikel, die vielleicht zu einem Umdenken und Wandel bei ihm beigetragen haben. Hasselmanns kirchenpolitische Stellung in jenen beiden Jahren ist durch zwei äußere Umstände näher einzugrenzen: durch seinen Rückzug aus dem kirchenpolitischen Rechtslager und durch eine aktuelle Annäherung zwischen ihm und seinem Mitpastor Halfmann.

Als um die Jahreswende 1935/36 zwischen der BK und der neuen Mittelfront, der Lutherischen Kameradschaft, über die Besetzung eines schleswig-holsteinischen Landeskirchenausschusses verhandelt wurde, gehörte Hasselmann weder zu den vorgeschlagenen Kandidaten noch zur Gesprächsdelegation seitens der Kameradschaft. Schon in der Vorgängerorganisation, der Landeskirchlichen Front, war Hasselmann nach wenigen Monaten aus der leitenden Stellung von jenen verdrängt worden, die dann im Herbst 1935 die Lutherische Kameradschaft gegründet hatten. Im November 1934 war dagegen die Gründung der Landeskirchlichen Front im Auftrag des Landesbischofs Paulsen sein Werk gewesen, nachdem Paulsen und Hasselmann aus den Deutschen Christen ausgetreten waren. Aber ihr Kurs einer kirchenpolitisch ungebundenen Sammlungsbewegung ging anscheinend den meisten ehemaligen DC'lern zu weit, so daß die

Nachfolgeorganisation der Lutherischen Kameradschaft wieder Front machte gegen die BK, — zur Wahrung der 1933 geschaffenen landeskirchlichen Ordnung (und Machtposition!).

Während all dieser Jahre hatte Hasselmann an seiner Flensburger Marienkirche durch unmittelbare Begegnung ein differenziertes Bild von der BK gewinnen können, nämlich durch seine Zusammenarbeit und Dachstubengespräche mit seinem Kompastor Wilhelm Halfmann. Dieser hatte als früher Kritiker der DC-Kirchenwahlen einen Kreis von Nicht-DC-Pastoren um sich gesammelt und in die alsbald entstehende landesweite BK geführt, deren Bruderrat ihn als Mitglied für theologische Fragen hinzuwählte. Halfmann befürwortete nun 1935/36 den Eintritt der BK in die staatlichen Kirchengremien; er wurde im April 1936, nach Bildung des Landeskirchenausschusses, von der BK sogar als ihr Verbindungsmann in das Landeskirchenamt delegiert.

Auf einen solchen pragmatischen Weg der Zusammenarbeit stellten ja auch die Avis-Berichte ab, so daß Hasselmann durch sie über die Stellungnahme der Reichs-BK und durch Halfmann über die der schleswig-holsteinischen BK informiert war. Hasselmann wird, obwohl er als 33er Propst interessenbedingt ein Anhänger der Amtskirche war, ein entgegenkommendes Verständnis und weitgehende Sympathie für die gemäßigte Richtung der BK gehegt haben, dort für Marahrens, hier für Halfmann, das eine aus der Avis-Lektüre, das andere aus persönlichen Gesprächen. So gewinnt sein Zugeständnis aus dem 2. Rundbrief der Landeskirchlichen Front (16. November 1934), daß die BK eine »im ganzen sinnvolle Funktion geübt« habe, im nachhinein eine sein Denken bestimmende Bedeutung. Unmittelbaren Ausdruck fand seine Aufgeschlossenheit gegenüber der BK nun 1936 darin, daß er im Oktober in der Marienkirche eine Großveranstaltung der BK, die erste Evangelische Woche, duldet und daß er Ende des Jahres die seit 1934 liegen gebliebenen Chronikeintragungen nachholte, und zwar in einem auf Ausgleich und Verständnis gerichteten Tenor: die Jahre des Kampfes hätten das kirchliche Leben erlahmen lassen, aber auch »viel freudiges Bekennen gezeitigt«, wie jene 10000 Besucher der Evangelischen Woche.

In diesen Zusammenhängen betrachtet, erscheint es begründet anzunehmen, daß Hasselmann die Serie der Avis-Berichte über die Kirchengremien und Reichs-BK nicht nur bewußt aufgesucht, sondern auch ihr Plädoyer für den Ausgleichskurs und den kooperationsbereiten Flügel der BK nachvollzogen hat. Dank der maßvoll, aber sachlich bestimmt genutzten Informationsfreiheit, die die Zeitung der dänischen Minderheit im Grenzland besaß, konnte hier zwischen den kirchenpolitischen Fronten, vertreten von Hasselmann und Halfmann, gerade in der kritischen und anderswo umstrittenen Situation des Staatseingriffes, Verständnis wachsen, und erst Verständnis befriedet.

### Quellen- und Literaturhinweise

Zu den Zeitungen:

Beide Zeitungen sind heute in Mikrofilm benutzbar, die Flensburger Nachrichten im Stadtarchiv Flensburg, Flensburg Avis in der Dänischen Zentralbibliothek.

Hinweise zur Geschichte des Flensburger Zeitungswesens enthält: Flensburg/Geschichte einer Grenzstadt, Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 17, 1966, S. 391 und 400.

Zu den journalistischen Arbeitsmöglichkeiten von Flensburg Avis während des Dritten Reiches siehe: Flensburg / Geschichte einer Grenzstadt, wie oben, S. 446, und C. R. Mogensen, Dansk i hagekorsets skygge, Flensburg, 1981, S. 211-225, bes. S. 215.

Die Gleichschaltung der Flensburger Nachrichten ist dargestellt von C. R. Mogensen, Ensretningen af Flensburger Nachrichten, in: Sønderjyske Årbøger, 1983, S. 171-195, bes. S. 179 ff.

Zur Propstenakte:

Archiv des Kirchenkreises Flensburg (früher: Propsteiarchiv Flensburg), Akte II-IAI, 8 »Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse«.

Zum Kirchenkampf:

*K. Meier*, Der Evangelische Kirchenkampf, Bd. 1-3, Göttingen 1972-84, hier bes. Bd. 2, S. 66 ff. und 260 ff.;

*J. Bielefeldt*, Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein, Göttingen 1964;

*E. Röhm/J. Thierfelder*, Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Stuttgart 1981; *Flensburg* in der Zeit des Nationalsozialismus, Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 32, 1983, S. 106-111.

*Kip. Reumann*, Kirche und Nationalsozialismus: Die Berufung Wilhelm Halfmanns nach St. Marien Flensburg im Februar/März 1933 — Vorweggenommene Fronten des Kirchenkampfes? In: E. Hoffmann/P. Wulf, Wir bauen das Reich — Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 81, Neumünster, 1983, S. 369 ff.;

*.I. Kronika*, Et troens og trofastedens drama, (o. .1.), Sonderdruck aus Fl.A. (frdl. Hinweis von Dr. J. Runge, Flensburg).

## Ein Eckernförder Großkaufmann und die »Ruhe des Nordens«.<sup>1</sup>

*Caspar von Saldern und Fr. W. Otte in der außenpolitischen Krise der Jahre 1761-1762.*

Am 1. Juni 1773 wurde der sogenannte »Austauschvertrag« im Schloß Zarskoje Selo in der Nähe des späteren Leningrad unterzeichnet. Der russische Thronfolger Großfürst Paul verzichtete gegen die Abtretung der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst auf alle Ansprüche auf den Gottorfer Anteil von Schleswig und auf seinen Anteil von Holstein. Durch diesen Vertrag wurde die Gottorfische Frage endgültig gelöst, die Grundlage für Ruhe und Frieden in Schleswig-Holstein und im Norden gelegt. Die glücklichste Periode des dänischen Gesamtstaats unter A. P. Bernstorffs weiser Führung war damit angebahnt worden. Ein blühendes Kulturleben und ein harmonisches Miteinander der verschiedenen Teile des von der Elbe bis zum Nordkap reichenden Vielvölkerstaates konnten sich entfalten. Erst das nationale Erwachen nach 1814 schlug Risse in diese »Ruhe des Nordens«. Die tonangebende Forschung hat das Ende des 18. Jahrhunderts in diesen idealisierenden Farben geschildert. Es ist deshalb naheliegend, daß die Vorgeschichte des Tauschvertrags, dessen Zustandekommen, wiederholt beschrieben worden ist. Caspar von Saldern war die zentrale Person vor 1773. Die Forschung hat sich auf seine Person konzentriert. Deshalb ist es erklärlich, daß v. Saldern als derjenige angesehen wird, der mehr als andere den Weg zur »Ruhe des Nordens« geebnet haben soll.

Otto Brandt hat in seinem Buch »Caspar von Saldern und die nordeuropäische Politik im Zeitalter Katharinas II.« (1932) die grundlegende Darstellung von Salderns Einsatz gegeben. Brandt unterstreicht, daß v. Saldern in der allerersten Phase seiner Friedensbemühungen von seinem Freund, dem Großreeder und Kaufmann Friedrich Wilhelm Otte in Eckernförde unterstützt worden ist. Stellt man jedoch an Brandts Werk die Frage »Welchen Einfluß hatte der Eckernförder Kaufmann denn eigentlich auf das außenpolitische Spiel«, oder »Wer war Fr. W. Otte, und wie läßt sich erklären, daß ein Kaufmann, der völlig außerhalb der diplomatischen Kreise stand, Bedeutung für Salderns Einsatz bekommen konnte?«, ja,

<sup>1</sup> Quellen- und Literaturhinweise zu diesem Beitrag findet man in: Lars N. Henningsen, Pro- vinsmatadorer fra 1700- årene. Reder-, kobmands- og fabrikantfamilien Otte i Ekernforde i økonomi og politik 1700-1770. Hrg. von Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvik. Rosenkilde og Bagger. Flensborg 1985. S. 422f und 441-449. (Siehe auch die Buchbesprechung in diesem Heft.)

dann erhält man keine klare Antwort.

In der folgenden Darstellung soll versucht werden, einer Antwort auf die soeben gestellten Fragen näher zu kommen. War der Eckernförder Kaufmann vielleicht sogar einer der Mitbegründer der »Ruhe des Nordens«? Unsere Untersuchung ist einerseits ein Kommentar zu einer Seite von Brandts grundlegender Forschung und andererseits ein bescheidener Beitrag zur Erhellung eines der wichtigsten Ereignisse in der neueren Geschichte der Herzogtümer.

### *Der Großkaufmann und J. H. E. Bernstorff*

Der bereits genannte Eckernförder Kaufmann Friedrich Wilhelm Otte war keineswegs ein gleichgültiger Provinzkaufmann wie so viele andere, über die sich der Schleier des Vergessens schon längst und zu recht gesenkt hat. Fr. W. Otte war in der Mitte des 18. Jahrhunderts zweifellos der dynamischste Unternehmer in Schleswig-Holstein, ja, vielleicht sogar in sämtlichen Provinzen der damaligen dänischen Monarchie.

Fr. W. Otte wurde 1715 in Eckernförde geboren. Sein Vater (1674-1747) war in dieser Stadt als Schiffsreeder und durch den Großhandel mit Holz, Getreide, Eisen und Wein zu großem Reichtum gelangt. Der Erfolg des alten Kaufmanns gab seinen Kindern einen guten Start. Fr. W. Otte wurde 1741, mit nur 25 Jahren und ohne vorherige Erfahrung in der kommunalen Arbeit, ehrenamtlicher »Bürgermeister adjunctus« seiner Vaterstadt. 1747 erbte er das Handelshaus seines Vaters. Tatkräftig baute er es aus. Er nutzte die Konjunktur und verfügte 1761 über 24 Schiffe mit etwas über 1300 Kommerzlasten. Damit besaß er eine der größten Reedereien des Landes. Er richtete auf seinem Gut Bienebek eine eigene Schiffsverft ein, betrieb Großhandel mit Holz, Eisen, Kalk, Getreide u. a. Fr. W. Otte besaß Aktien einer Zuckerraffinerie und einer »Grönlandkompagnie« in Älborg. Nach 1755 legte er einen ständig wachsenden Teil seines Kapitals in Fabrikanlagen in Schleswig, Eckernförde und auf den Gütern der Familie an. Es waren äußerst ehrgeizige, z.T. in die Zukunft weisende aber riskante Unternehmungen.

In Kopenhagen wurde man auf diesen dynamischen Reeder, Großkaufmann und Unternehmer aufmerksam. Es gelang Otte, J. H. E. Bernstorffs Gunst zu erringen, und das Wort dieses Ministers des Königs hatte — neben dem Einfluß des Oberhofmarschalls A. G. Moltke, der der Günstling des Königs war — in den fünfziger und sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts ein entscheidendes Gewicht, wenn es galt, Beschlüsse zu fassen.

Graf Bernstorff war dänischer Außenminister; von 1751 bis 1770 bestimmte er nahezu souverän die Außenpolitik Dänemarks. Alle diplomatischen Vorgänge gingen über seinen Schreibtisch. Als Chef der innenpolitischen Abteilung der Deutschen Kanzlei war er gleichzeitig der Leiter der gesamten inneren Zivilverwaltung,

des Kirchen-, Schul- und Justizwesens der Herzogtümer. Die Wirtschaftspolitik war ihm eine »Herzensangelegenheit«. Ab 1752 war Bernstorff Mitglied des Kommerzkollegiums, und hier suchte er mit größtem Eifer Dänemarks Industrie und Handel zu fördern. Durch seine Neutralitätspolitik und mit Hilfe vieler Handels- und Seefahrtsverträge schuf er die Grundlage für den Ausbau von Handel und Schifffahrt. Durch staatliche Unterstützungen für die »Manufakturen« und durch Anwerbung von Fabrikanten wünschte er die dänische Produktivkraft zu steigern. Sein Ziel war, einen blühenden dänischen Handel und eine florierende Schifffahrt sowie eine eigene dänische Industrie zu schaffen. Ihm war aber bewußt, daß der Staat die erstrebte Entwicklung von Handel, Schifffahrt und Industrie nicht allein verwalten und finanzieren konnte. Sein Hauptanliegen mußte daher sein, private Kapitaleigner zu aktivieren. In Kopenhagen — am liebsten aber auch in den Provinzen der Monarchie — sollte ein unternehmungswilliger Kaufmannsstand, der es wagte, auf den Aufbau von Handel und Schifffahrt zu setzen, ermuntert werden, das flüssige Kapital in den Ausbau von Manufakturen und Fabriken zu investieren. Bernstorff mußte jedoch erfahren, daß die Wirklichkeit keineswegs seinen Wunschträumen entsprach. Außer in Kopenhagen und in den großen Hafenstädten der Herzogtümer fehlte den Reedern und Kaufleuten in den Provinzstädten der damaligen dänischen Monarchie jegliche handels- und wirtschaftspolitische Energie. Risikowillige Privatkapitalisten waren also eine Mangelware. Immer wieder warf man den Kaufleuten jener Zeit vor, daß sie ihr flüssiges Kapital lieber in sicheren Objekten — vor allem in Grund und Boden — als in risikogefährdeten Industrie- und Handelsprojekten anlegten.

Einer der wenigen, die Bernstorffs Erwartungen entsprach, war Friedrich Wilhelm Otte in Eckernförde. Er schuf eine der größten Reedereien des Landes. Sie fuhr unter dem Schutz der Neutralitätspolitik des Ministers bedeutende Frachteinnahmen für Dänemark ein.

Ab Mitte der 1750'er Jahre investierte der Großkaufmann und Reeder Fr. W. Otte einen wachsenden Teil seiner Überschüsse in Manufaktur- und Fabrikanlagen, und er tat dies in einer Größenordnung, die nur von Kopenhagener Handelshäusern übertroffen wurde. Solch ein Mann gewann natürlich die Gunst des Ministers. In der Mitte des 18. Jahrhunderts holte Bernstorff den Rat des Eckernförder Kaufmanns in gleichem Maße ein, wie den der Kopenhagener Großkaufleute, wenn es galt, handelspolitische Probleme zu lösen. Und er benutzte Fr. W. Otte für heimliche Kommissionen. Als Privatmann erwarb der Minister Anteile an Ottes Schiffen. Als das Risiko der Frachtfahrt im Mittelmeer nach 1759 zunahm, ließ der Minister dem Eckernförder Reeder Insider-Informationen zukommen. Nachdem Otte in großem Stil in den Bau von Fabriken eingestiegen war, empfahl Bernstorff im März 1762 ein Gesuch des Unternehmers Otte mit folgenden Sätzen: »Da man

sich von der bekannten Betriebsamkeit und den guten Vermögens-Umständen der Gebrüder Otte zu Eckernförde und Crisebuy versprechen kann, daß sie zum Besten des Landes etwas vollkommenes in Fabrique-Sachen zum Stande bringen werden; so wird gerathen seyn, ihnen alles so leicht als möglich zu machen, und sie durch Vorrechte und Freyheiten, so weit es nur geschehen kann, aufzumuntern ...«. Vier Jahre später sprach sich Bernstorff im gleichen Sinne aus: es sei ihm »ein Vergnügen ... dem Ottenschen Hause, behuf Fortsetzung des bisher getriebenen wichtigen Handels, alle möglichen Erleichterungen zu verschaffen«.

#### *Caspar v. Saldern und Fr. W. Otte — zwei Freunde des Friedens*

1761-62 konnte Fr. W. Otte die guten Verbindungen mit Kopenhagen in ungewöhnlicher Weise ausnutzen. Die »Gottorfer Frage« näherte sich zu diesem Zeitpunkt einem kritischen Wendepunkt. Jahrzehntlang hatte man bereits über einen Tauschvertrag verhandelt, der dem Süden des dänischen Reiches Sicherheit bringen sollte. Daß Herzog Peter Ulrich 1742 russischer Thronfolger geworden war und dadurch über eine gewaltige Macht verfügte, hatte die Situation allerdings kompliziert. 1760 wurde ein dänischer Vorschlag zur Lösung der Gottorfer Frage verworfen. Im Sommer 1761 erreichten die Beziehungen zwischen Bernstorff in Kopenhagen und dem Großfürsten in Petersburg einen vorläufigen Tiefpunkt. Das war der Augenblick, in dem der Holsteiner Caspar von Saldern zusammen mit dem Eckernförder Kaufmann Fr. W. Otte die politisch-diplomatische Bühne betrat. Die Krise der folgenden Jahre ist des öfteren geschildert worden — und stets war v. Saldern derjenige, der im Rampenlicht stand und Otte in seinem Schatten. Caspar v. Saldern, der Besitzer des in der Nähe von Kiel gelegenen Guts Schierensee, gehörte zu Ottes engerem Freundes- und Kundenkreis. Beide besaßen adelige Güter und hatten deshalb gemeinsame Interessen, so arbeiteten sie z. B. beim Handel mit Landwirtschaftsprodukten zusammen. Gemeinsam setzten sie sich für eine effektive Feuerversicherung ein. Zusammen gründeten sie 1759/60 eine Brandgilde für Güter in Schleswig und Holstein; mehrere Jahre waren sie die Älterleute dieser Gilde.

Doch der 1710 in Apenrade geborene v. Saldern war mehr als nur Gutsbesitzer. Schon in frühen Jahren erwies er sich als ehrgeizig. Aufgrund der Familientradition gehörte er zum holstein-gottorfischen Beamtenkreis: er war einige Jahre Amtsverwalter in Neumünster und Amtmann von Bordesholm. 1745 wurde er Etatsrat, sieben Jahre später kaufte er sich das Gut Schierensee. Die folgende Zeit verbrachte er — unfreiwillig — als Gutsbesitzer. Sein Ehrgeiz und seine Energie ließen ihn jedoch nicht ruhen, er trachtete nach finanziellem Gewinn, und der

Wunsch nach einer Beamtenstellung trieb ihn an. Um 1760/61 bot der Hof in Petersburg wahrscheinlich die besten Bedingungen, sein Streben zu befriedigen. Deshalb beschloß er, dorthin zu reisen, einerseits um eine private Rechtsangelegenheit in seinem Sinne voranzutreiben und andererseits um seinem Nachbarn v. Heespen auf Deutsch-Nienhof in eiper Geldsache zu helfen, aber auch um für sich selbst eine Pension oder evtl, eine neue Beamtenstelle zu erlangen.

Doch v. Salderns Vorstellungen gingen über diese recht irdischen Ziele hinaus. Prinz Georg Ludwig von Schleswig-Holstein-Gottorf (1719-1763), ein Bruder des ehemaligen Statthalters Friedrich August (1711-1785) und des schwedischen Königs Adolf Friedrich (1710-1771), bemühte sich damals um den Posten des Statthalters im got-torfischen Holstein. Von Beamten, die Anhänger des Prinzen waren, gedrängt, übernahm v. Saldern die Aufgabe, sich beim Großfürsten in Petersburg für den Prinzen einzusetzen.

Den gottorfischen Beamten war nicht gestattet, ohne Genehmigung nach Petersburg zu reisen. Die Überfahrt mußte deshalb in aller Heimlichkeit vor sich gehen. Wie war dieses Problem zu lösen? Hier konnte Salderns Freund Fr. W. Otte helfen. Einige seiner kleineren Schiffe befuhren die Ostsee, und schon seit 1752 hatte Otte den Zarenhof in Petersburg hin und wieder mit Austern, Zitronen und anderen Delikatessen beliefert. Saldern wußte, daß Otte ein »höchstzuverlässiger Mann« war. Im Frühjahr 1761 weihte er den Kaufmann in die Reisepläne ein. Otte ließ sich gewinnen. Er versprach, v. Saldern heimlich nach Rußland zu schaffen und ihm bei der Lösung finanzieller und praktischer Probleme zu helfen. Saldern verließ sich völlig auf Otte. Im Mai 1761 besuchte er seinen Freund in Eckernförde. Unter vier Augen besprachen sie Plan und Zweck der Reise. Mitte Juni desselben Jahres begab sich Saldern auf das Gut Kriseby, das den Ottes gehörte. Von dort holte ihn der Skipper Daniel Ülaasen, der Ottes Schiff »Catharine Sophia« führte, ab. Als Kaufmann Caspar Friedrichsen getarnt erreichte v. Saldern Wiborg in Finnland. Von Wiborg ging die Reise weiter nach Petersburg, wo er im Juli 1761 ankam.

Wie bereits erwähnt, fand die Reise zu einem höchst kritischen Zeitpunkt der dänisch-russischen Beziehungen statt. Die Frage stellt sich nun, ob die permanente Bedrohung des Friedens v. Salderns Entschluß, nach Petersburg zu reisen, mitbestimmt hat. Gab es für diese Reise höhere als die bisher genannten Ziele? Von Saldern ist nur überliefert, daß es ihm »eine Freude« sein sollte, den »Menschen zu dienen«. Mit diesen Worten wird vielleicht angedeutet, daß er sich auch für eine friedliche Lösung der Gottorfer Frage zum Nutzen seiner holsteinischen Heimat einsetzen wollte. Er konnte sich über sein wahres Ziel schriftlich nicht deutlicher äußern. Das Briefgeheimnis stand damals nicht hoch im Kurs. Wir dürfen davon ausgehen, daß der Einsatz für den Frieden eines seiner Motive war, als er

sich zur Reise entschloß. Die konkreten rechtlichen und finanziellen Aufgaben, die v. Saldern in Petersburg erledigen wollte, schließen keineswegs aus, daß er auch das höhere Ziel vor Augen hatte. Das Conseil in Kiel, mit dessen Mitgliedern er in Verbindung stand, wünschte eine friedliche Lösung. Wenn Saldern und die leitenden Beamten in Kiel Prinz Georgs Ernennung zum Statthalter wünschten, dann eben deshalb, weil dessen Wahl sicherlich der friedlichen Entwicklung förderlich war. Als holsteinischer Gutsbesitzer setzte v. Saldern sich auch aus persönlichen Interessen dafür ein, daß sein Heimatland nicht zum Streitobjekt wurde. Der Freund in Eckernförde hatte ganz ähnliche Interessen an einer friedlichen Lösung. Otte hatte riesige Summen in Handel, Schifffahrt und Fabrikanlagen investiert. Im Falle eines Krieges stand einfach zu viel auf dem Spiel. »Es wäre ein großer Jammer, wenn unser Handel ausgerechnet jetzt gestört werden würde«, schrieb Otte am 23. Januar 1762 an Bernstorff.

Wir wissen, daß Saldern und Otte vor Salderns Abreise jedes Detail der Rußlandreise durchgesprochen haben. Die Entwicklung während der folgenden Monate zeigt, daß die beiden Freunde völlig darin übereinstimmten, daß die Initiative zu einer friedlichen Lösung der Gottorfer Frage ergriffen werden mußte. Deshalb dürfen wir auch davon ausgehen, daß Otte und Saldern vor Salderns Abreise eingehend darüber gesprochen haben, wie eine friedliche Entwicklung zu fördern sei. Und es ist durchaus zulässig, dem Handelsherrn einen gewissen Anteil an der Gestaltung des Friedensplans zuzusprechen. Die Karriere dieses so erfolgreichen Reeders und Großkaufmanns zeigt nämlich, daß wir es mit einem ungewöhnlich initiativreichen, tatkräftigen und einsatzfreudigen Mann zu tun haben. Unmittelbar nach Salderns Abreise begann Otte selbständig für die Sache des Friedens zu wirken, und sein Handeln setzt gemeinsame Gespräche über ihr Vorgehen voraus. Wir wissen allerdings nicht, wie genau die vorzunehmenden Schritte abgesprochen worden sind, wir wissen aber, daß Otte die Aufgabe übernehmen sollte, Salderns Agent in der Heimat zu sein. »Mein lieber Freund, Sie kennen meine Gedankengänge. Wer will nicht gerne ein Werkzeug des Friedens sein?«, schrieb Saldern am 7. Januar 1762 an Otte. Nicht v. Saldern allein, sondern Saldern und Otte waren die Architekten der im Sommer 1761 beginnenden diplomatischen Bemühungen, deren glücklicher Abschluß der Tauschvertrag von 1773 werden sollte.

#### *Otte stellt die Verbindung zwischen Saldern und Bernstorff her*

In der Hauptstadt des Zarenreiches stand das Glück auf Salderns Seite. Er wurde sehr schnell ein Günstling des Großfürsten. Am 5. September konnte er seinem

Freund in Eckernförde mitteilen, daß Großfürst Peter ihn freundlich empfangen habe. Die private Rechtsangelegenheit werde zu seiner Zufriedenheit geordnet, und er hoffe, Georg Ludwigs Ernennung zum Statthalter erreichen zu können — und auch noch eine Pension oder evtl, ein Amt für sich selbst. All das kostete allerdings Geld — Bestechungen. Otte half nun bei der Übersendung der erforderlichen finanziellen Mittel, die als »Erkenntlichkeiten« eingesetzt werden sollten.

Otte wurde an der Heimatfront aktiv. Schon die Tatsache, daß v. Saldern jetzt eine beträchtliche Anzahl von Posttagen entfernt war, erforderte ein selbständiges Handeln. Und Selbständigkeit entwickelte Otte in hohem Maße. Im Mai 1761 waren die beiden Freunde aller Wahrscheinlichkeit nach darüber einig geworden, daß sie der Sache des Friedens dienen wollten, und zwar jeder auf seine Weise. Die Frage war nur, wie die Verbindung zwischen dem dänischen Außenministerium, als dessen Leiter Graf Bernstorff schon seit Jahren für die »Ruhe des Nordens« gewirkt hatte, und v. Saldern, der ja offiziell zum Beamtenkreis um den Großfürsten Peter, dem Erzfeind Dänemarks, gehörte, hergestellt werden konnte. Otte konnte dieses Problem lösen — und das war sein entscheidender Beitrag zur Lösung der Gottorfer Frage. Er kannte — im Gegensatz zu Saldern — den ersten Mann der dänischen Außenpolitik persönlich. Bernstorff und Otte standen bereits in einem lebhaften Briefwechsel miteinander.

1757 hatte Bernstorff den Kaufmann in einem »vertraulichen« Brief gebeten, ihm heimlich über die Vorgänge in Kiel, über die Einrichtung von Magazinen und den Ankauf von Pferden zu berichten. So konnte Otte im Dezember 1761 mit gutem Grund an Saldern schreiben: »Sie wissen, in welcher Relation ich zu Cp. (: Kopenhagen) stehe«. Otte besaß bereits das Vertrauen des dänischen Außenministers.

Schon im Juni 1761, während der Plan, Saldern heimlich nach Petersburg zu senden, geschmiedet wurde, hatte Otte Informationen, die er von Saldern erhalten hatte, an Bernstorff übermittelt. »Man (d.h. v. Saldern) schrieb mir 13. Juni aus Kiel: Nach den hiesigen Nachrichten glaubt man nunmehr, daß sehr wichtige Dinge wegen des fürstl. Holstein aufs Thpis seyn, und wird Herr v. Holmer nach St. Petersburg berufen werden... Ich wünsche dieses aus gantzem Herzen«. Otte deutet hier den holsteinischen Friedenswunsch an. Etwas später, nachdem sich nämlich im Juli 1761 die politische Situation zuspitzte, hat er Bernstorff wahrscheinlich über die Furcht der Kieler vor einer kriegerischen Entwicklung berichtet. Der Außenminister schreibt nämlich am 5. September u. a.: »Da ich einige Ursache habe, meine Gedanken über den gegenwärtigen Zustand der Sache in Holstein so viel wie möglich geheim zu halten, so würde ich, wenn es nicht Ew. Wohlgeb. wäre, die mir vorgelegte Frage nicht wohl beantworten

können. Weil ich aber Dero Verschwiegenheit und patriotische Gesinnung hinlänglich kenne, so trage ich keine Bedenken Ihnen, jedoch nur Ihnen allein, zu sagen, daß die Kielischen Sorgen nur ein Terror Danicus sind, und daß der König vor die Ruhe und den Frieden im Lande... zu sorgen fortfahren wird. Darnach können Sie Ihre Sache zuverlässig einrichten und sich durch nichts irre machen lassen, dahingegen ich Sie bitten muss, die Herren Kieler in Ihren Gedanken zu lassen und absonderlich dieses mein Schreiben Niemand in Petersburg zu zeigen oder zu nennen«.

Die Furcht vor dem Krieg und der Wunsch für den Frieden zu wirken, bestimmten Salderns Handeln in Petersburg. Er befand sich aber in einer äußerst schwierigen Lage. Das Briefgeheimnis wurde oft verletzt. Als Beamter des »kriegslüsterne« Großfürsten konnte er sich gegenüber seinen Freunden zu Hause höchstens nur vage und verschleiert über seine Friedensbemühungen äußern. Direkte Verbindung mit dem dänischen Gesandten Haxthausen in Petersburg konnte er auch nicht aufnehmen. »Mit keinem andern Mann in der Welt aber gebe ich mich ab als mit Ihnen, und durch Ihre Hand muss alles gehen,« schrieb Saldern am 29. Juni 1762 an Otte. Er wünschte zweifellos ein weniger provokierendes Auftreten der dänischen Seite. Wollte Saldern der Sache des Friedens nützen, mußte er der Vertraute des Großfürsten sein und diesem zur Verschiebung des Krieges raten — und gleichzeitig Verbindung mit der dänischen Regierung aufnehmen, um dieser Informationen und gute Ratschläge geben zu können. Wie konnte diese doch unlösbare Aufgabe gelöst werden?

Fr. W. Otte löste den gordischen Knoten. Indem er dafür sorgte, daß die »Fühler«, die Saldern ausstreckte, den Minister in Kopenhagen erreichten, zog er die Fäden zwischen den Akteuren dieses politischen Geschehens.

Im Dezember 1761 begann Otte sich bei Bernstorff für Saldern einzusetzen. Er schrieb dem Außenminister, daß Salderns einziger Wunsch sei, der Sache Dänemarks und des Friedens zu dienen, und daß er bereit sei — gegen gute Bezahlung — als heimlicher Agent für Dänemark zu wirken. Dieser Gedanke war Bernstorff keineswegs fremd. Der dänische Außenminister bemühte sich ständig darum, im Kreis um den Großfürsten und später um den Zaren einflußreiche Personen zu gewinnen, die die Stimmung in dänischem Sinne beeinflussten. Bernstorff hatte mehrere Agenten gleichzeitig im Einsatz. Deshalb griff er Ottos Vorschlag sofort auf und versprach kontanten Lohn, sobald Saldern einen annehmbaren Vergleich mit dem Großfürsten ausgehandelt hatte. Bernstorffs Ton war allerdings ziemlich herablassend, denn noch sah er in v. Saldern nur ein käufliches Individuum, das man einfach benutzte. Am 22. Dezember schrieb der Minister nach Eckernförde: Euer Hochwohlgeboren kann, wenn sich eine sichere

Gelegenheit dazu ergibt, ihm (wegen einer Belohnung) auf den Zahn fühlen. Gleichzeitig bat er Otte, den er »als einen dem königlichen Interesse wohlgesonnenen Mann« einschätzte, vorzuschlagen, welchen Betrag man Saldern anbieten könnte.

Dank der Vermittlung Ottes war die Zusammenarbeit zwischen Bernstorff und Saldern ab 25. Dezember 1761 eine Realität. Und am 27. Dezember konnte Otte Saldern in diplomatischen Wendungen versichern, daß Bernstorff ihm zutraue, einen Vergleich auszuhandeln — und daß der Minister zahlen werde. Saldern solle nur seine Forderungen stellen. Als die Kriegsdrohung nach Peters III. Thronbesteigung im Januar 1762 stark anwuchs, erhöhte Bernstorff sein Angebot. Am 26. Januar versprach er eine »königliche Belohnung«, 10-20.000 Reichstaler. An Otte schrieb er in aller Offenheit, »weil ich (Bernstorff) Ihr Hertz und Ihre Klugheit kenne, und weiss, dass Sie einen guten Gebrauch von allem, was ich Ihnen sage und vertraue, machen werden«. Bernstorff wußte, daß Otte mehr ermöglichen konnte als andere.

#### *Fr. W. Otte, der Mittelsmann zwischen Bernstorff und Saldern*

In den folgenden Monaten fand zwischen Bernstorff und Otte ein reger, fast täglicher Gedankenaustausch statt. Eine direkte Verbindung des Ministers zu Saldern konnte aus Gründen der Geheimhaltung nicht hergestellt werden. Deshalb gingen Salderns Berichte über Eckernförde. Otte schrieb die vielen Briefe selbst und versiegelte sie sorgfältig, »um der Neugierde seines Kontorpersonals einen Riegel vorzuschieben« (23. Febr. 1762). Der Herrscher war eifrig bemüht, Vertrauen zwischen den Partnern zu schaffen — und die größtmögliche Belohnung für Saldern, evt. 30-50.000 Reichstaler, auszuhandeln. Indem er die Höhe der Belohnung unterstrich, wollte er den Freund dazu überreden, auf seinem Posten in Petersburg auszuharren. Auf der anderen Seite versuchte er Bernstorff davon zu überzeugen, daß die holsteinischen Beamten des Zaren, unter ihnen also auch v. Saldern, in ihrem Herzen den Dänen freundlich gesonnen seien. Und er berichtete über die Entwicklung in Holstein. Für Salderns Friedensmission leistete er Vorschüsse. Ottes Bemühungen um festere Zusagen, stießen in Kopenhagen immer wieder auf Vorbehalte, denn Bernstorff war äußerst zurückhaltend und sehr vorsichtig, wenn es galt, dem ihm unbekanntem Saldern große Beträge zu versprechen. Saldern schrieb deshalb am 29. Januar 1762: »Vielleicht trauet der Erste Minister bei Euch mich nicht, weil er mich nicht kennt, und vielleicht siehet er mich mit solchen Augen nicht an, wie er mich betrachten muss. Ich überlasse Ihnen den vernünftigen Gebrauch dieses Briefes«. Einen Monat später, am 28.

Februar, konnte Otte antworten: »Glauben Sie, dass unser erste Grosse (: Bernstorff) Sie liebe und hochachte«. Es gelang schließlich, Saldern zu überzeugen, er blieb in Petersburg, um sich für die Erhaltung des Friedens mit Dänemark einzusetzen.

Etwa zu dieser Zeit nahm v. Saldern direkten Kontakt mit dem dänischen Gesandten in Petersburg, Graf Chr. Haxthausen, auf, — während die Verbindung mit Kopenhagen weiterhin geheim gehalten wurde und über Eckernförde lief. Da der Briefverkehr nach Petersburg an vielen »Unsicherheiten« litt, schlug Otte Ende Januar vor, Salderns Bruder heimlich nach Petersburg reisen zu lassen, um die erforderlichen Instruktionen persönlich zu überbringen und Belohnung zu versprechen, um Saldern weiter bei der Stange zu halten. Bernstorff war gegen den Reiseplan, ließ sich dann am 9. Februar von Otte, der eifrig für seinen Plan argumentierte, überreden. Der Handelsherr sollte nun Bernstorffs Instruktionen an Salderns Bruder weitergeben und 1.000 Reichstaler Reisegeld vorschießen. Der Außenminister bat gleichzeitig, den holsteinischen Geheimrat Henning v. Rumohr, der sich nach Petersburg begeben wollte, im dänischen Sinne zu beeinflussen. Bernstorff scheint dabei mehr Vertrauen zu Rumohr als zu Saldern gehabt zu haben. Die beiden Herren sollten, wenn sie in Rußland um Rat gefragt wurden, eine Verschiebung des Krieges empfehlen. Auf direkte Verhandlungen durften sie sich dagegen nicht einlassen, die standen allein dem Gesandten zu. Bernstorff wich nicht von seiner einmal vorgezeichneten politischen Linie ab, er schrieb »Die Erhaltung der dänischen Krone ist unzertrennlich mit der Erhaltung Schlesiens verbunden, ... An die Cession derselben (: Provinz = Schleswig) ist als gar nicht zu denken, und Ew. Wohlgeb. werden sich leicht selbst sagen können, dass . . . beydes (Schleswig und Holstein) in Blut und Feuer zergehen werden, ehe Rußland davon Meister werden kann

Ottes Idee, Salderns Bruder nach Petersburg zu senden erwies sich als ausgesprochen schlecht. Caspar v. Saldern wurde wütend, er meinte, der Besuch des Bruders könne ihn verraten. Der Bruder wurde schnellstens abgeschoben. — Diese Episode bestätigt jedoch, daß Otte in dem hier geschilderten Geschehen durchaus selbständige Entschlüsse faßte.

Nachdem Otte erreicht hatte, daß Bernstorff Saldern als heimlichen »Friedensagenten« in Petersburg guthieß, mußte der Eckernförder Handelsherr die Rolle des Mittelsmannes übernehmen. Seine Aufgabe war, die für Kopenhagen oder Petersburg bestimmten Botschaften weiterzuleiten und manchmal auch zu deuten. An v. Saldern schrieb er am 22. April 1762: »Mein grosser Gönner an diesem Hofe befiehlt mir Ihnen, liebster Freund! die grösste Zufriedenheit über Dero Verfahren zu versichern, mit dem Zusatz: Sie können . . . auf sein Vertrauen und

(seine) Dankbarkeit Rechnung machen«. Der direkte Briefweg von Saldern an Bernstorff war natürlich versperrt. Eine direkte Verbindung zwischen dem »dänischen« Handelsherren und Saldern konnte ebenfalls Mißtrauen hervorrufen. Deswegen gingen Salderns Briefe oft über Hamburg. Dasselbe geschah mit Ottes Briefen, diese gingen z. T. auch an Deckadressen in Petersburg. Trotz aller Vorsicht konnten Pannen passieren. Im April 1762 hatte Otte ein Schreiben an einen W. Groot in Riga adressiert. Dieser war nicht gewohnt, von Otte Post zu bekommen und sandte den Brief deshalb über den Generalgouverneur in Riga an den Kanzler in Peterburg. Glücklicherweise leitete dieser den Brief nicht weiter an den Zaren. Saldern war dennoch in ein schiefes Licht geraten. Nur indem er Otte als den »rechtschaffensten Holsteiner« schilderte, konnte er seinen Kopf aus der Schlinge ziehen. Um die Verbindung zwischen Eckernförde und Kopenhagen zu beschleunigen, wurde ein Eildienst eingerichtet. Am 20. Februar 1762 ließ Bernstorff dem Postmeister Hitscher in Eckernförde ausrichten, daß »die Estafette, welche der dortige Kanzleyrath Otte anhero abzufertigen nötig finden wird, jedesmal alsofort anzunehmen und ohne den allergeringsten Aufschub noch Zeitverlust weiter gehörig zu spedieren« sei — und zwar zu Lasten der Generalpostkasse. Doch forderte Bernstorff Otte auf, sparsam zu sein und die Stafette nur in wirklich dringenden Fällen zu benutzen.

Zu Ottes Aufgaben gehörte auch, die erforderlichen Geldüberweisungen vorzunehmen, sodaß v. Saldern am kriegswütigen Hofe in Petersburg Friedensagenten kaufen konnte. Am 2. April schrieb v. Saldern: »Die mir assignirten Gelder zu meinem soutien sollen gewiss nicht schlecht angewandt seyn«, »in einer jeden comoedie werden die Soufleurs auch bezahlt. Glaubt mit festiglich, dass in keinem Lande mehr Soufleurs nöthig sind als in dem hiesigen«. Freunde waren unentbehrlich, sie mußten durch Bestechung gewonnen werden. In einem Brief vom 9/20. April heißt es, »dass diesen Leuten allen mit sehr wenig das Maul zu stopfen sey. Wenn ich oder der Engl. Minister Keith nur, um Friedensgedanken beständig zu predigen, mit 1.200 versehen wären . . .«. Die nötigen Mittel mußten Saldern auf großen Umwegen übermittelt werden, denn seine Verbindung mit Kopenhagen durfte auf keinen Fall aufgedeckt werden. Saldern bezog die Gelder von Ottes Korrespondent Krempien & Co in Petersburg, dieser hob sie von Ottes Konto bei der Firma Matth. Ooster in Amsterdam ab. Die dänische Regierung erstattete Ottes Auslagen — natürlich in größter Heimlichkeit — durch Anweisungen an die Kasse in Rendsburg. Es hieß dann, die Anweisungen sollten Auslagen »beuhf Kgl. Dienstes« erstatten. Doch es gab auch andere Wege. So sandte die Rentekammer z. B. am 16. März 1762 einen Wechsel von Etatsrat Fabricius für Chr. von Orsoy et Fils in Amsterdam an M. Ooster — und Otte konnte den Betrag abheben.

Der eigentliche Grund für diese Transaktionen mußte verschleiert werden, denn Salderns Doppelfunktion durfte weder in Dänemark noch in Rußland aufgedeckt werden. Die Geheimhaltung verlangte viel Geschick — und vor allem Vorsicht. Deswegen auch Ottes Rat vom 19. März 1762 an Bernstorff: »Weil ich meinen Comtoir-Bedienten keine Gelegenheit zum Nachdenken geben mag, so werden Ew. Exc. so gnädig seyn, das loco quietantia abgefasste Schreiben an gehörigem Orte in der Stille abgehen zu lassen.«

### *Die Krise erreicht ihren Höhepunkt*

Peter III. dachte nur daran, sich an Dänemark zu rächen. Saldern suchte zu verzögern. Er tat alles, um den Kriegsausbruch hinauszuschieben. Bernstorffs Vertrauen zu ihm wuchs im Laufe des Frühjahrs 1762. Es gelang dann auch, sich auf eine Friedenskonferenz zu einigen. Sie sollte am 12. Juli 1762 in Berlin stattfinden. Da der Zar jedoch energisch auf Krieg drängte, waren die Aussichten auf eine friedliche Lösung sehr schlecht. Auch auf dänischer Seite begann man im Frühjahr mit den Kriegsvorbereitungen. Der Eckernförder Handelsherr war äußerst beunruhigt und besorgt. Er hatte nur einen einzigen Wunsch: den Frieden zu erhalten. Am 16. April schrieb er an Saldern: »Was soll denn daraus werden, dass wir hieselbst auf einmal 15 Obristen und 15 Auditeurs erhalten. Gott erhalte uns doch den Frieden. Denn wenn die Dänen losbrechen, so müssen wir Armen doch erst die Haare lassen.« Und eine Woche später klagte er: »Sorgen Sie patriotisch für die gemeinschaftl. Ruhe! Wer ist unglücklicher als wir, da wir mit der gantzen dänischen Kriegs Macht unzügelt sind. So bald es los bricht, so müssen wir erst die Haare hergeben.« Am 2. Mai hieß es dann »Gottlob dass Sie nur dort bleiben wollen als der Anker der holsteinischen Friedenshoffnung.« Am 23. Mai war Otte optimistischer, denn Saldern hatte in seinem letzten Brief die Hoffnung ausgesprochen, daß der Friede zu retten sei, »Gott weiss, wie gerne wir die Dänen aus unserer Nachbarschaft los wären, sie machen alles teuer«, stöhnte er. Als Saldern dann am 18. Mai einsehen mußte, daß der Krieg unumgänglich war, weinte Otte, »denn wir armen Holsteiner sind die ersten leider, welche das Ungemach der dänischen Truppen empfinden werden. Gott stehe uns doch bei und ändere einmal die Drangsalen des Krieges.« Der Eckernförder Großkaufmann war kein geringerer Friedensfreund als v. Saldern.

Der Kriegsausbruch ließ auf sich warten. Friedrich der Große von Preußen sorgte dafür, daß die Friedenskonferenz trotz aller Gegensätze stattfand. Saldern verließ Petersburg Ende Juni und kam am 7. Juli in Berlin an, um dort als Vertreter Rußlands an der Konferenz teilzunehmen. Ihr Scheitern war jedoch vorprogrammiert. »Auf den Frieden müsset ihr Armen Leute nicht viel Rechnung machen«, schrieb er am 7./18. Juni an Otte. Auf der Konferenz verharteten die Kontrahenten

unversöhnlich auf ihren gegensätzlichen Standpunkten. Schon am 6. Juli hatte der Zar seinen Truppen den Befehl zum Vormarsch gegeben.

Salderns und Ottes Bemühungen schienen zum völligen Scheitern verurteilt zu sein. In den Herzogtümern wurden große Truppenverbände zusammengezogen. Der König begab sich im Juni mit seinen wichtigsten Ministern nach Schleswig. Dadurch ergab sich für Otte die Gelegenheit, Bernstorff zu treffen. Am 8. Juni bat der Minister ihn, so schnell wie möglich nach Schleswig zu kommen. Bernstorff wünschte, sich mit ihm so vertrauensvoll, »wie Sie es verdienen«, zu unterhalten. Am 16. Juni konnte Otte dem Minister auf Schloß Gottorf Briefe von Saldern überbringen. Auch in Rendsburg fanden Gespräche unter vier Augen statt. — Der Krieg rückte immer näher. Am 9-12. Juli marschierten die dänischen Truppen in Mecklenburg ein und bezogen bei Wismar das Lager.

In Berlin versuchte Saldern noch einmal, den Kriegsausbruch zu verzögern. Bereits vor der Abreise aus Petersburg hatte er darum gebeten, Johann Nikolaus Otte, den Bruder des Eckernförder Handelsherren, nach Berlin zu entsenden, da »ich denselben von allen Sachen au fait setzen muss . . . Besorgen Sie dieses ungesäumt. Es liegt hieran sehr viel«. Der Bruder folgte dieser Aufforderung. Er reiste »satis instructus von allem, und hat alles bei sich« am 29. Juni. Er sollte sich im Hotel de Vincent, in dem auch v. Saldern abgestiegen war, einlogieren. Offiziell reiste er als Begleiter von Salderns Schwester und Tochter, die auf Familienbesuch waren. Alles geschah, wie stets, in größter Heimlichkeit. Nur Bernstorff, der spätere Statthalter Fr. L. v. Dehn und der Oberhofmarschall A. G. Moltke waren eingeweiht. Bernstorff versicherte den beiden Ottes seine Dankbarkeit.

J. N. Ottes Berlinreise zeitigte nicht gerade die ganz großen Erfolge. Salderns Position war schwach; er sprach sich für neue Friedens- und Teilungsvorschläge aus. Sie dienten der Verzögerung. J. N. Otte kehrte sofort zurück, um diese Vorschläge zu überbringen. Sie konnten aber kaum Bernstorffs Zustimmung finden, da er konsequent an seiner Ablehnungspolitik festhielt.

Zu Hause in Schleswig wartete man gespannt auf ihn. Am 15. Juli bat A. G. Moltke um Bericht, sobald J. N. Otte nach Eckernförde zurückgekehrt sei. Eine Abschrift des Berichts sollte gleichzeitig »auf dem sichersten Weg« und koste es, was es wolle, an Bernstorff gehen, der sich auf Wotersen befand. J. N. Otte kam mit niederschlagenden Meldungen zurück. Die Brüder begaben sich sofort zum Oberhofmarschall auf Schloß Gottorf. Bernstorff erhielt den Bericht am 17. Juli und entschloß sich, umgehend nach Kopenhagen abzureisen. Er bat um eine Zusammenkunft mit den beiden Brüdern. Sie sollten ihn am 24. Juli um 9.00 Uhr auf der Schleifähre von Missunde treffen, v. Dehn wurde ebenfalls unterrichtet. Der

drohende Krieg warf seine Schatten voraus.

Weder die Verhandlungen in Berlin noch die Kämpfe auf dem Schlachtfeld und schon gar nicht J. N. Ottes heimliche Reise brachten die Entscheidung.

Am 8. Juli 1762 wurde Peter III. abgesetzt, und am 17. Juli erfuhren die dänischen Truppen, daß die Russen sich zurückzögen. Um den 20.-21. Juli herum erreichten die Neuigkeiten die Herzogtümer, v. Saldern unterrichtete Otte am 21. Juli. Alle konnten erleichtert aufatmen.

Bernstorff reiste — wie geplant — in die dänische Hauptstadt zurück, jetzt aber gut gelaunt und optimistisch gestimmt. Während des kurzen Zusammentreffens am 24. Juli auf der Fähre von Missunde versicherte er den beiden Brüdern Otte, daß er ihren Einsatz während der jetzt überstandenen Krise nie vergessen werde. Er wunderte sich aber über v. Salderns Rolle auf dem Berliner Kongreß. Er ließ den Holsteiner jedoch nicht fallen, und Otte sollte dem Freund die Dankbarkeit des Ministers versichern — aber gleichzeitig, sobald Saldern nach Schierensee kam, gewisse Unstimmigkeiten ausräumen.

Der Friede zog wieder ein. In Eckernförde konnte man sich nach dem unangenehmen dänischen Truppenbesuch wieder ordentlich einrichten. »Wir haben hier schon verschiedentlich wegen der dänischen Besuche eingepackt«, »nun bleibt ja wohl die Liebe Ruhe, insonderheit da unsere (die russische) Armee (sich) zurückzieht. Der Congress cessirt nun ja auch wohl«, schrieb Otte am 25. Juli an Saldern.

### *Otte versöhnt den Minister mit dem heimlichen Agenten*

Im Juli 1762 hatte die dänische Monarchie ihre größte Krise während des 18. Jahrhunderts durchstehen müssen. Die Brüder Otte aus Eckernförde standen damals im Zentrum des Geschehens. Als Boten des Friedens hatten sie bei den mächtigsten Männern der dänischen Regierung, bei J. H. E. Bernstorff und A. G. Moltke Zutritt.

Peter III. war gestürzt worden, eine völlig neue Lage entstand. Sie vertrieb den Handelsherren aber keineswegs ganz vom Parkett der Geheimdiplomatie. Salderns Friedensarbeit im Sommer 1762 war fehlgeschlagen, sein Ansehen bei Bernstorff stark gesunken. Otte setzte seine geheime Mittlerrolle fort, und im November 1762 erreichte er, daß Bernstorff und Saldern eine gemeinsame Abmachung eingingen: der Holsteiner erhielt eine Pension, als Gegenleistung verpflichtete er sich, auch weiterhin für den Frieden zu wirken. Im September 1763 vermittelte Fr. W. Otte das erste persönliche Zusammentreffen von Bernstorff und Saldern in Kopenhagen. Die Aussprache verlief erfolgreich. Das Vertrauen zwischen den beiden Männern wurde wieder hergestellt. Erst von jetzt an war Ottes Rolle als heimlicher Mittelsmann zu Ende. Künftig konnte Bernstorff die normalen

diplomatischen Kanäle benutzen, wenn er mit Saldern in Verbindung treten wollte. Der Handelsherr wandte sich wieder seinem eigentlichen Feld, dem Geschäft, zu. Bernstorff anerkannte, daß Otte einen bedeutenden Einsatz geleistet hatte. Er dankte ihm, der »dem König und dem Lande durch Menagierung dieses Mannes einen wichtigen Dienst geleistet, welcher . . . nicht vergessen werden soll«. Und auch der neue Statthalter der Herzogtümer v. Dehn dankte Otte für »den wichtigen Dienst, so Ew. Wohlgeb. dem König und dem Lande geleistet haben, über welcher materie ich meine für dieselbe hegende aufrichtige und freundschaftliche Sentiments umständlich zu erkennen geben werde«.

### *Otte als Helfer hinter den Kulissen*

Saldern setzte seine Friedensbemühungen auch in den folgenden Jahren fort, allerdings ohne Ottos Vermittlung. Doch wenn es darum ging, finanzielle Dinge zu regeln, dann mußte der Eckernförder Handelsherr einspringen. Salderns Pension und die erforderlichen Bestechungsgelder wurden via Otte und dessen Geschäftsverbindungen nach Petersburg überwiesen.

Von ebenso großer Bedeutung war, daß Otte die Delikatessen liefern konnte, mit denen Saldern die Zarin Katharina II. zu erfreuen — und zu gewinnen suchte. Es war eben wichtig, die launenhafte absolute Herrscherin bei geneigter Stimmung zu halten. »Sie begreifen, dass eine persönliche Gnade, ein gutes Gesicht und eine zu rechter Zeit angestrebte Insinuation unendlich hiervon (den Austern) dependiren. Die Welt wird durch Kleinigkeiten regiret«, schrieb Saldern an den Freund. Und nichts wirkte besser, als die Zarin an ihrem Geburtstag im April mit guten, frischen Austern zu überraschen. Die Qualität der Austern war von größter Wichtigkeit, denn Katharina speiste nur die Auster, die ihr »völliges Wasser hat und sehr frisch ist. Bei den übrigen hindert es eben nicht, wenn die Austern ein Bisschen Fumet haben.« 1764 und 1765 bat Saldern daher seinen Freund, die köstlichen Austern rechtzeitig zu liefern. Otte mußte auch andere Delikatessen — Zitronen, Äpfel, Kastanien, Butter, Wildfleisch, gute Jahrgangs weine — heranschaffen, denn diese Dinge waren in Petersburg eine enorm teure Mangelware. Rechtzeitig, besser als andere und überraschend liefern zu können, so gewann man das Wohlwollen der Zarin — und der anderen wichtigen Personen am Petersburger Hof. Otte durfte deshalb nicht an den Prämien für die Skipper sparen, wenn es galt, diese leichtverderblichen Waren in bestem Zustand an ihren Bestimmungsort gelangen zu lassen.

### *Zusammenfassung*

Damit haben wir das Ende unserer Untersuchung erreicht. Wir können jetzt die

Frage nach der Bedeutung Ottes während der Krisenjahre 1761-62 und der Zeit bis zum vorläufigen Tauschvertrag von 1767 beantworten. Die bisherige Forschung — und vor allem Otto Brandt — hat den Brüdern Otte keine selbständige Bedeutung zugemessen. Und das ist auch verständlich. Der Einsatz der beiden Brüder verbarg sich hinter einem Schleier perfekter Geheimhaltung. Nur die wenigen Minister, die dem königlichen Rat angehörten, waren eingeweiht. Es wurde damals alles getan, um zu verhindern, daß durchsickerte, daß höchst wichtige Nachrichten über Eckernförde liefen. Nicht einmal Ottes Kontorpersonal erhielt Einsicht in den Briefverkehr. Fr. W. Otte starb bereits 1766, er erlebte also nicht den Abschluß des Tauschvertrages. Saldern wurde so für viele derjenige, der diesem Vertrag den Weg geebnet hatte, — und das in vieler Hinsicht auch zu recht. Wenn sogar O. Brandt, der Ottes aktive Rolle gekannt hat, Salderns Einsatz so einseitig hervorhob, dann deshalb, weil er Ottes einzigartige Stellung als Geschäftsmann und damit auch dessen besonders enges Verhältnis zu Bernstorff nicht kannte. Nur Ottes enge Beziehungen zu Bernstorff erklären nämlich, weshalb er 1761-62 Einfluß auf den Minister und über ihn auf die dänische Außenpolitik ausüben konnte. Ottes Ansehen als Geschäftsmann schuf »goodwill«, auf dieser Grundlage konnte er erreichen, daß v. Saldern von Kopenhagen akzeptiert wurde. Otte nutzte seine Verbindungen mit größter Energie. Seine Bemühungen, Saldern zu einem Friedensagenten in dänischen Diensten zu machen, zeichneten sich durch Begeisterung, Findigkeit und Entschlußkraft aus. Er war mehr als nur der Vermittler saldernscher Gedanken. Ottes Ziel war, die gottorfische Frage friedlich zu lösen, und um dieses Ziel zu erreichen faßte er selbständige politische Entschlüsse und entwickelte Pläne zu ihrer Verwirklichung. Die Ausführung dieser Pläne war allerdings nur möglich, da er das gemeinsame Vorgehen mit Saldern bereits im Sommer 1761, vor dessen Abreise nach Petersburg, und Übereinstimmung mit dem Freund abgesprochen hatte. Während der Wunsch nach finanziellem Gewinn für Saldern von entscheidender Bedeutung war, scheint sich Otte in erster Linie für die Sache des Friedens eingesetzt zu haben. Erst später hat er versucht, auch wirtschaftliche Vorteile aus seinem Einsatz zu ziehen. Als die Friedensbemühungen begannen, Früchte zu tragen, stieg sein Ansehen in Kopenhagen. Das wirkte sich auf Ottes Auftreten als Fabrik- und Gutsbesitzer aus. Aber kontante Vorteile, d. h. finanzielle Zuwendungen, hat er nicht für sich erreicht, dieses blieb Saldern vorbehalten, der durch den endgültigen Abschluß des Tauschvertrags, Jahre nach Ottes Tod, alle Vorteile einstrich. Heute erkennen wir, daß der Eckernförder Handelsherr Fr. W. Otte die Verbindung zwischen Bernstorff und Saldern hergestellt hat. Ohne diese Verbindung war Salderns Einsatz überhaupt nicht möglich gewesen. Wahrscheinlich wäre die Gottorfer Frage auch ohne Otte in friedlicher Weise gelöst worden — aber er hat

entscheidend dazu beigetragen, daß der Weg, der schließlich zur Lösung von 1767 und 1773 führte, eingeschlagen werden konnte.

### Widerstand und Verfolgung unter dem Hakenkreuz

#### *Wochenendseminar im Freundschaftsheim Fresendelf*

In der Zeit vom 14. bis 16.2.1985 fand im Freundschaftsheim Fresendelf, 20 km südöstlich Husums, ein Seminar unter dem Oberthema »Verfolgung und Widerstand in Hamburg und Schleswig-Holstein« statt. Dazu waren nicht nur Interessierte aus Nordfriesland, sondern auch aus Flensburg, Schleswig, Kiel, Lübeck, Hamburg und Nord-Niedersachsen angereist. Das Seminar wurde am Freitagabend mit einem öffentlichen Vortrag über »Das System der deutschen Konzentrationslager« im Husum Hus eröffnet. Der Berliner Politologe Johannes Tuchel präsentierte hier erstmals Ergebnisse einer langjährigen Forschungsarbeit. Der Referent macht eingangs darauf aufmerksam, daß schon in der ersten Phase der Geschichte der Konzentrationslager (1933/34) ein starker staatlicher Einfluß festzustellen gewesen sei. So regte etwa der gerade zum preußischen Oberpräsidenten ernannte schleswig-holsteinische Gauleiter Hinrich Lohse am 29.3.1933 die Errichtung regionaler, staatlicher Konzentrationslager an – und bereits am 9.4.1933 meldete die »Glückstädter Fortuna« die Einrichtung eines KZ im örtlichen Arbeitshaus. Wie in Glückstadt so entstanden auch andernwärts die ersten Konzentrationslager oft in Arbeitshäusern und waren vollständig vom Staat finanziert. Daneben entstanden SA-eigene Lager wie das KZ Oranienburg nördlich Berlins oder das KZ Kühlen bei Neumünster, wo die Innere Mission eine Baracke zur Verfügung gestellt hatte. Eine dritte Kategorie bildeten die Lager regionaler NS-Machthaber wie des Eutiner Regierungspräsidenten Böhmkner, der eine Art »privates« KZ unterhielt.

Mit der Einsetzung Theodor Eickes als »Inspekteur der Konzentrationslager (IKL)« begann Anfang Juli 1934 die zweite Phase der Geschichte der Konzentrationslager (1934/35). Johannes Tuchel bezeichnete Eicke, der zuvor Kommandant des zunächst einzigen Konzentrationslagers der SS in Dachau gewesen war, als die »Verkörperung des KZ-Systems«. Bereits in Dachau hatte Eicke seine »Disziplinär- und Strafordnung« erlassen, die nun in sämtlichen Konzentrationslagern eingeführt wurde. Unter Eicke fand auch die Zentralisierung der Konzentrationslager ihren Abschluß, so daß Anfang 1935 nur noch 6 Lager mit weniger als 5 000 Häftlingen existierten, die nun ausschließlich der SS unterstanden.

Auf die Reorganisation folgte in der dritten Phase der Geschichte der Konzentrationslager (1936-39) der Auf- und Ausbau des KZ- Systems. Johannes Tuchel schilderte eingehend den organisations- und institutionengeschichtlichen Hintergrund dieser Entwicklung. Auch die vierte Phase der Geschichte der

Konzentrationslager (1939-42) war anfangs noch vom Auf- und Ausbau neuer Lager geprägt. Und obwohl seit Kriegsbeginn immer mehr Ausländer aus allen besetzten Gebieten in die Lager verschleppt wurden, und sich die Lebensbedingungen der Häftlinge zunehmend verschlechterten, blieb das von Theodor Eicke geprägte System der Konzentrationslager bis 1942 weitgehend erhalten. Eicke selbst fiel Anfang 1943 an der Ostfront.

Die SS aber erwies sich zusehends als unfähig, mit ihren eigenen Betrieben einen nennenswerten Beitrag zur Rüstungsproduktion zu leisten. Im KZ Buchenwald etwa erreichte die Karabiner-Produktion gerade zwei Prozent des geplanten Volumens. Lagerkommandanten wie der ehemalige Wesselburener Gemischtwarenhändler Max Pauly in Neuengamme waren mit dem Management moderner Rüstungsbetriebe hoffnungslos überfordert. Hitlers neuernannter »Minister für Bewaffnung und Munition« Albert Speer forderte im Gegensatz zur SS-eigenen Fertigung in den Konzentrationslagern, die Häftlings-Arbeitskräfte zu den industriellen Produktionsstätten zu verlagern – und konnte sich damit durchsetzen. So entstanden ab 1942/43 – in der fünften und letzten Phase der Geschichte der Konzentrationslager – mehr als 1000 Außenkommandos der KZ-Hauptlager in Deutschland und den besetzten Gebieten. »Aus dem von Theodor Eicke geschaffenen KZ-System war spätestens 1944 ein riesiges Netz geworden,« erklärte Johannes Tuchel.

Bereits 1942 war die »Inspektion der Konzentrationslager« als »Amtstruppe D« in das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) unter Oswald Pohl eingegliedert worden. Während die Zahl der Häftlinge bis auf knapp eine Million Menschen Anfang 1945 anstieg, wurden die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Lagern immer katastrophaler. Johannes Tuchel wies an Hand zahlreicher Dokumente nach, daß die Gelder, die die Rüstungsbetriebe, Wehrmachtsdienststellen und Kommunalbehörden für den »Häftlingseinsatz« an die SS zahlten, über das SS- Wirtschafts-Verwaltungshauptamt in den Reichshaushalt flossen. So bereicherte sich der deutsche Staat selbst noch an der Arbeitskraft jener Menschen, denen er in den allermeisten Fällen nicht nur die Freiheit, sondern auch das Leben oder die Gesundheit raubte.

Nach der Eröffnungsveranstaltung im Husum Hus wurde das Seminar am Sonnabend im Freundschaftsheim Fresendelf fortgesetzt. Hier gab wiederum Johannes Tuchel zunächst einen Überblick über den »Widerstand in Deutschland 1933-1945«, wobei er insbesondere auf die nationalkonservative und militärische Opposition sowie den »Kreisauer Kreis« einging. Tuchel betonte, daß das Umfeld des 20. Juli 1944 nicht länger als Legitimationsgrundlage für die spätere Bundesrepublik Deutschland, sondern »aus der Zeit heraus« und sehr differenziert betrachtet werden müsse. So sei etwa 1933 eine weitgehende Interessenidentität der Nationalkonservativen und der Militärs mit dem Nationalsozialismus erkennbar

gewesen. Anschaulich schilderte der Referent dann die verschiedenen Schritte auf dem Weg zum aktiven Widerstand – und die »Einsamkeit des Widerstandskämpfers« in einem Volk, das seinen »Führer« tatsächlich geliebt habe.

In einem anschließenden Referat über »Stimmungen in Stadt und Land 1933-1945« wurde zunächst versucht, einen Überblick über die Entwicklung der »öffentlichen Meinung« in der Zeit des Nationalsozialismus zu geben. Ganz besonderes Interesse erregte dabei die während des Seminars vieldiskutierte Frage, was die Deutschen über die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen wußten. Hierzu bilden die 1947 im Auftrag der Spruchgerichte der Britischen Zone durchgeführten Befragungen Hunderter von Schleswig-Holsteinern durch die Polizei eine aufschlußreiche Quelle.

Denn jedenfalls 1947 fand sich niemand, der etwa von Konzentrationslagern »nichts gewußt« hatte. Auch die Deportation der Juden in den Osten war in den großen Städten und im holsteinischen Landesteil wohlbekannt. Selbst von Massenerschießungen in Polen und der Sowjetunion hatten viele durch Soldaten gehört, die auf Urlaub in der Heimat waren. Nahezu unbekannt blieben hingegen die Massentötungen durch Giftgas in den Vernichtungslagern. Auf dem Lande verbreitete sich auch die Kunde von der Tötung geistig und körperlich behinderter Kinder im Landeskrankenhaus Schleswig wie ein Lauffeuer. Ebenso war das öffentliche Erhängen von Polen »wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen« vor allem im Landkreis Flensburg, aber auch in den alten Kreisen Husum und Eiderstedt, wohl bekannt. Und natürlich schleppten sich die Elendszüge der Häftlinge aus den nordfriesischen Konzentrationslagern im Herbst 1944 nicht nur durch Husum und Ladelund, sondern auch durch Achtrup, Süderlügum, Bredstedt und Langenhorn.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach der Verantwortung der Deutschen gestellt. Dabei unterstrichen mehrere Diskussionsteilnehmer nachdrücklich, daß die Menschen vor 40 oder 50 Jahren nicht besser oder schlechter waren »als wir heute«. Schuldzuweisungen an eine bestimmte Generation seien sinnlos und verstellten nur den Blick für eine genaue Analyse der Geschehnisse.

Der Sonnabendnachmittag war dann dem Gespräch mit Zeitzeugen vorbehalten. Zunächst berichtete des Ehepaar Gossmann aus dem sozialdemokratischen Widerstand in Sachsen. Herbert Gossmann, der heute auch Landesvorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS)« ist und in Simonsberg/Nordfriesland lebt, entstammte jenem klassenbewußten und gebildeten Arbeitermilieu, das es in der Bundesrepublik kaum mehr gibt. Bereits seit 1931 bereiteten sich die Leipziger Sozialdemokraten in »3er-Gruppen« auf die Illegalität vor. Herbert Gossmann selbst war nicht nur für die verbotene SPD,

sondern auch für die sozialistische Gruppe »Neu beginnen« tätig. Dabei spielten in Sachsen die Kontakte zu den Exilgruppen in der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle. Herbert Gossmann schilderte eindringlich seine Erlebnisse in verschiedenen Gestapo- und Untersuchungsgefängnissen, im KZ Sachsenburg, in Zuchthäusern und im KZ Buchenwald, dessen Auf- und Ausbauphase er in den Jahren 1938/39 als Häftlings-Schreiber im Baubüro genau verfolgte.

Frau Gossmann bemühte sich unterdessen unablässig um die Freilassung ihres damaligen Verlobten. Sie war darüber hinaus als »Kurier« für die illegale SPD aktiv – und schleuste Verfolgte über die Grenze in die Tschechoslowakei, brachte Zeitungen und Flugblätter nach Deutschland und sorgte für die Nachrichtenverbindungen über die Grenze. Frau Gossmann bezeichnete das alles als »banal« – aber auf ihre Zuhörer machte es einen ganz anderen Eindruck.

Mit viel Selbstironie berichtete dann der Hamburger Helmut Warnke über seine Erfahrungen im kommunistischen Widerstand. Auch er entstammte dem alten Arbeitermilieu, schloß sich mit 13 Jahren der »Wandervogel«-Bewegung und mit 16 – eigentlich durch einen Zufall – der KPD an. In Hamburg-Langenhorn wurde der gelernte Maler dann »politischer Leiter« und später Instrukteur seiner Partei. »Eigentlich haben wir Papens Staatsstreich in Preußen damals viel mehr als »Machtergreifung« empfunden als die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler«, erklärte Warnke. Während der ersten Verhaftungswelle Anfang März 1933 konnte sich Helmut Warnke in Burg auf Fehmarn verborgen halten, dann aber wurde er zusammen mit seinem Vater in das KZ Wittmoor bei Hamburg eingeliefert. Nach der Entlassung gelang es Helmut Warnke mit viel Geschick, sich weiteren Zugriffen der Gestapo zu entziehen, und so konnte er anschaulich über das Alltagsleben unter dem Nationalsozialismus berichten. Die Diskussionen mit den Zeitzeugen setzten sich dann auch noch bis in den späten Abend hinein fort.

Am Sonntagvormittag referierte zunächst Horst Peters über den »Widerstand aus der Arbeiterbewegung am Beispiel Kiels«. Peters hob eingehend hervor, daß Kiel als Verwaltungs- und »Kriegsmarinestadt« vor 1933 keine Hochburg der Arbeiterparteien gewesen sei. Zwar verfügte die SPD über ein beträchtliches Mitglieder- und Wählerreservoir, konnte aber nie den Oberbürgermeister stellen. Die KPD wies in Kiel eine besonders hohe Mitglieder-Fluktuation auf. Von der »Machtergreifung« wurde die Kieler SPD vollkommen unvorbereitet getroffen. Zwar versuchte man bis 1937 noch einen lockeren Zusammenhalt zu wahren, hoffte aber schließlich nur noch auf eine Befreiung von außen. Die Kieler KPD verlor durch die Verhaftungen der Gestapo allein 1933 vier Unterbezirksleitungen. Damit war ihre organisatorische Kraft weitgehend erschöpft, obwohl sich insbesondere auf den Werften immer wieder kleine Betriebszellen bildeten und zahlreiche Beispiele individuellen Widerstand überliefert sind. Horst Peters schilderte eingehend die verschiedenen Widerstandsmöglichkeiten, die sich vor

allem berufsspezifisch ergaben, und hob die Bedeutung der Exil-Gruppen in Dänemark für den Arbeiterwiderstand in Schleswig-Holstein hervor. Auf Anregung der Seminarteilnehmer wurde Sonntagmittag zusätzlich eine Exkursion zum Gelände des ehemaligen KZ Husum-Schwesing unternommen. Nach einer Führung wurde von allen Anwesenden der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß auf dem ehemaligen Lagergelände ein Ort der Information und Dokumentation entstehen möge. Anschließend hielt Detlef Korte das letzte Referat der Tagung in Fresendelf. Er sprach über »Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein und Hamburg«. Korte erklärte, daß in Hamburg im November 1944 76 000 Zwangsarbeiter und 13 000 Kriegsgefangene »im Arbeitseinsatz« waren. In Schleswig-Holstein wurden zur gleichen Zeit etwa 60 000 Zwangsarbeiter und 50 000 Kriegsgefangene gezählt. An Hand von Zitaten aus Lageberichten der schleswig-holsteinischen NSDAP schilderte Detlef Korte anschaulich die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Verschleppten. So meldete etwa die Kreisleitung Norder-Dithmarschen am 18.12.1941: »Alle hier eintreffenden sowjetischen Kriegsgefangenen sind vollkommen verhungert und können sich aus eigener Kraft nicht mehr fortbewegen... Wenn man sie schon sterben lassen will, so soll man dies in den Sammellägern tun.« Und mit welcher Mentalität an den Einsatz von Zwangsarbeitern gegangen wurde, macht ein Bericht der Gauleitung vom 1.11.1941 deutlich: »Die Leistungen der Dänen können wie folgt charakterisiert werden: frech, faul, schmutzig und saufen.« Abschließend schilderte Detlef Korte eingehend die Kontroll- und Überwachungsmechanismen, denen die Ausländer durch besondere Abteilungen der Gestapo ausgesetzt waren.

Den Teilnehmern an dem Wochenendseminar in Fresendelf rauchten schließlich buchstäblich die Köpfe. Allein am Sonnabend war ein mehr als zwölfstündiges Programm bewältigt worden – und die Eindrücke der Tagung haben viele erst nach Tagen wieder losgelassen. Jens Peter Jensen, der 1. Vorsitzende des Vereins Freundschaftsheim Fresendelf, zeigte sich abschließend sehr zufrieden. Er dankte nicht nur den Referenten, sondern vor allen den engagierten Teilnehmern, und erklärte: »Diese Tagung kann man nicht wiederholen – das war einmalig. Aber wir machen weiter.«

*Klaus Bästlein*

\*

Forschungsaufgaben: Von der Bildung bis zum ländlichen Einzelhandel. Das seit nunmehr gut sieben Jahren in Flensburg arbeitende Institut für Regionale Forschung und Information des Deutschen Grenzvereins wird seiner Aufgabenstellung nach wie vor gerecht. Besondere Probleme der deutsch-dänischen Grenzregion sowie des gesamten Landesteils Schleswig sind zu

untersuchen und möglichst konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten. So arbeiten die Regionalforscher gegenwärtig insbesondere an drei Projekten, von denen Impulse für das nördlichste Gebiet der Bundesrepublik ausgehen dürften. Mit den derzeitigen und künftigen Vorhaben beschäftigte sich auf seiner jüngsten Sitzung in Flensburg der aus 13 Experten bestehende Arbeitsausschuß des Instituts unter Vorsitz von Prof. Dr. Georg-Christoph von Unruh (Kiel).

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Gesamtentwicklung des Landesteils Schleswig festzustellen, ist Ziel einer in Arbeit befindlichen Untersuchung. Dabei soll herausgefunden werden, ob und welche zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten sich für die Einwohner des Landesteils durch den Tourismus eröffnen könnten. Insbesondere werden die Marktchancen privater Zimmervermieter analysiert. Das Projekt wird von Prof. Dr. Karl Weigand (Flensburg) mit zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgeführt.

Unter Leitung von Prof. Dr. Gerhard Kochansky (Flensburg) steht die Erarbeitung der Abhandlung über alle Bildungseinrichtungen südlich und nördlich der Grenze. In der Zusammenfassung sollen die Institutionen und Bildungsmöglichkeiten – also Schulen, Hochschulen, Akademien, Museen, Bibliotheken, Freizeitstätten etc. – in ihren Eigenarten, Besonderheiten und ihrer geschichtlichen Entwicklung dargestellt werden. Die derzeitige Situation wird beschrieben und in einer vergleichenden Übersicht gegenübergestellt. Regional abgegrenzt ist die Untersuchung zum Norden hin identisch mit der Grenze des Amtes Sønderjylland (Nordschleswig) und im Süden mit der Eider. Nach Auffassung des Flensburger Instituts ist das Interesse an einer solchen Untersuchung sowohl auf dänischer als auch auf deutscher Seite in einer Zeit weitgehender Verständigungsbereitschaft groß.

Die Regionalforscher haben außerdem einen Gutachtauftrag des schleswig-holsteinischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erhalten, der sich mit den Möglichkeiten und ökologischen Problemen landschaftsbezogener Erholung im Kreis Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg befassen wird. Die unter Leitung von Dr. Ulf Hahne (Flensburg) zu erarbeitende Expertise wird zur Vorbereitung der Landschaftsrahmen- und Regionalplanung des Landes dienen. Das Gutachten soll im Dezember dieses Jahres vorliegen.

In Arbeit ist ferner die Überarbeitung der »Quellen« I und III der inzwischen vierbändigen Reihe zur Geschichte Schleswig-Holsteins durch Mitglieder des Flensburger Arbeitskreises für Stadt- und Regionalforschung. Die Neuauflagen dieser Bände, die vom Institut für Regionale Forschung und Information des Grenzvereins gemeinsam mit dem Landesinstitut für Praxis und Theorie der Schule (IPTs) herausgegeben werden, stehen bevor. Teil I (Erstausgabe 1977) beschäftigt sich mit dem Zeitraum vom 8. Jahrhundert bis 1804 und Teil III (1982) mit der Zeit von 1920 bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Arbeitsausschuß des Instituts beschloß ferner, sechs weitere Projekte vorbereitend in Angriff zu nehmen: In einer Untersuchung sollen die Auswirkungen des wahrscheinlichen Bevölkerungsrückgangs auf den deutschen Teil der Grenzregion festgestellt werden. In der nächsten Analyse geht es um die Frage, welche wirtschaftlichen Chancen die Lage an Nord- und Ostsee insbesondere als Standort für die gewerbliche Wirtschaft bietet. Auf der Prioritätenliste der Forschungsaufgaben steht dann die Problematik und Entwicklung der Einzelhandelsversorgung des ländlichen Raumes.

Weitere Programmaufträge sind eine vergleichende Untersuchung über betriebliche Förderungsmöglichkeiten in der gesamten Grenzregion sowie die Situation und Perspektive der Energiewirtschaft im Grenzland. Schließlich wird – in reich bebildeter Buchform – eine populäre Landeskunde über den Landesteil Schleswig und Nordschleswig erarbeitet. Damit sollen auch die Ansprüche von Touristen besonders berücksichtigt werden.

*Institut für Regionale Forschung und Information, Flensburg*